dasInfo aus der Roten Flora
April 1996 # Nr. 48 # umsonst

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden.
Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

Schafft Rote Hilfe!

Werdet Mitglied!



Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141

Nr. 39/40
8. März 1996
2 Mark

clock work

zusammen für befreiung kämpfen

themen:
★perspektiven des kurdischen befreiungskampfes und der solidarität
★interview mit der frauenorganisation yajk
★aufräumarbeiten: politische justiz und die linke
★zu den verfahren gegen die radikal, antifa (m) u. a.
★frauenorganisierung

Einzelexemplare (für 1 DM in Briefmarken) und Abos:
clockwork
Leibnizstr. 24
55118 Mainz

Frühstücken Sonntags von 11-18 Uhr

Unter einem anderen Stern

Rundstücken nach langer Nacht

Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**





c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08
FAX 040/43 38 11

KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 88
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Freiheit für Hanna Krabbe!

Sofort und bedingungslos

Außerdem: Benjamin Ramos Vega: Hungerstreik und Verfassungsklage +++ Frei nach 6 Monaten: „radikal"-Gefangene auf Kaution draußen +++ Krimineller Antifaschismus: Mammut-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) +++ Völlig losgelöst: Das BKA droht zur Allmachtspolizei zu werden

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden
und bei Eurer Ortsgruppe
oder für 5,– DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141





Vorweg

Liebe Leute, hier wieder eine neue Ausgabe eurer monatlichen Lieblingspostille. Den Titel haben wir diesmal der radikal gewidmet. Verschiedene linke und linksradikale Zeitschriften veröffentlichen dieser Tage den radikal-Schriftzug, um ihre Solidarität mit dem Projekt zum Ausdruck zu bringen.
Wir hoffen auf eine spannende Lektüre, die euren Diskussionen eine Anregung sein können. Vielleicht gibt's ja auch die eine oder andere Reaktion auf einen Beitrag.
die Red.



der Inhalt



im Ordner

Homolandwoche
"Moorfrau grüßt Hüttendorf"





Flora & Bau'n

Der Aufbau F geht langsam voran. Zwar ist seit Dezember auch schon viel geschafft worden, das Dach war wahrscheinlich schneller wieder aufgebaut und der viele Schutt war eher weggeräumt, als es auf jeder anderen Baustelle möglich gewesen sein dürfte. Aber leider gibt es trotzdem noch unendlich viel zu tun und auch noch viel unmögliches zu leisten.

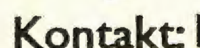
An jedem Wochenende ist Bauwochenende, wo immer Leute gebraucht werden. Aber einfach so da zu erscheinen ist zwar gut, ein koordiniertes Vorgehen ist aber besser. Für einen möglichst sinnvollen und effektiven Arbeitseinsatz ist es deswegen gut, wenn ihr euer Erscheinen beim Baurat (Mo. 18 Uhr, Vokü) ankündigt und absprecht. Wichtig ist vor allem auch, daß sich ganze Gruppen am Wideraufbau beteiligen und sich auch überlegen feste Bauwochenenden zu machen (z.B. im 3/6 Wochenendrythmus). Es gibt seit der letzten VV eine Telefonliste von Gruppen, wo Kontakttelefonnummern draufstehen, die angerufen werden, wenn Arbeiten schnell zu erledigen sind. Auf diese Liste können und sollen sich noch mehr Gruppen eintragen. Und zwar ist dies möglich Mo, 18 Uhr Vokü beim Baurat, auf dem Postweg (Baurat, Rote Flora, Schulterblatt 71) oder auf der nächsten Flora-VV am 24. 4. um 19 Uhr, Vokü.

Termine:
Baurat Mo, 18 Uhr, Vokü
Vollversammlug 24. 4. 19 Uhr, Vokü

Es gibt jetzt auch an den Wochenenden eine Frauenbaustelle in der Flora im Büro.

ständige Termine in der Roten Flora

Caféöffnungszeiten:
Mo. 17 - 21 Uhr
Di und Mi 16 - 21 Uhr
Do 17 - 21 Uhr
Sa ab 11:30 und bei Veranstaltungen
montags 18 - 20 Uhr Motorradselbsthilfe
18 Uhr Baurat
20 Uhr vegane Fokü
dienstags Dubcafé 16 Uhr
18 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe
donnerstags 17 - 19 Uhr Fahrradselbsthilfe
20 Uhr vegane Fokü (jeden 1. und 3.)
vegetarische Fokü (jeden 2. und 4.)
samstags ab 11:30 Uhr Frühstück
16 - 19 Uhr Fahrradselbsthilfe
sonntags 12 Uhr (jede 1. und 3.) FrauenLesbenfrühstück

Kontakt: 

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats
Abos: Zeck gibts im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer (noch) dringend vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir aber selbstverständlich nicht).
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Ein Spionagezentrum der Superlative
britische Frauen inhaftiert!

Auf britischem Boden, in Menwith Hill, befindet sich die größte Spionagebasis der Welt, unterhalten von der NSA, dem US-amerikanischen nationalen Sicherheitsdienst. Die NSA beschäftigt in dieser Basis Mitarbeiter aus verschiedensten Ländern. Trotz offizieller Bekundungen der Beendigung des kalten Krieges wächst die Basis immer noch in gigantischen Dimensionen. In Menwith Hill konzentrieren die USA alle geheimdienstlichen Interessen, neben militärischer und politischer geht von hier auch Wirtschaftsspionage aus. Britische Elektronikexperten weisen erneut die Weltöffentlichkeit darauf hin, daß die NSA in der Lage ist, von diesem Zentrum aus sich in den Telekommunikationsbereich der ganzen nördlichen Hemisphäre heimlich einzuschalten und mitzuhören. nicht nur beim gesprochenen Wort, sondern auch im internationalen Datentransfer. Verschiedene Ereignisse der letzten Jahre belegen, daß die NSA von dieser Basis aus Gewerkschaften bespitzelte, "befreundete" westliche Regierungen, so die britische und die französische, aushorchte und dabei stets die Vorteile von US-Rüstungskonzernen, Waffenhändlern und der US-Satellitenlobby im Auge hatte. Direkte Kabelverbindungen verbinden Menwith Hill mit den Telefonnetzen der British Telecom und des privaten Betreibers Mercury. Durch diese Verbindungen ist die NSA auch in der Lage, sich auf Gespräche im innerbritischen Telefonverkehr zu schalten. Einen Teil der gesammelten Informationen verkauft die NSA an andere Geheimdienste bzw. Konzerne. Unsummen britischer und US-amerikanischer Steuergelder verschlingt dieser Moloch mit den weltgrößten Computerkapazitäten an einem Ort. Seit Monaten erregen britische Rüstungsgegnerinnen Aufsehen, die sich provisorisch in einem Camp in der Nähe des Spionagezentrums niedergelassen haben. Von diesem Zelt- und Wohnwagenlager aus unternehmen die Frauen in regelmäßigen Abständen symbolische direkte Aktionen gegen dieses "Relikt des kalten Krieges und Zentrum für neue globale Handelskriegsführung", wie es in einem ihrer Flublätter heißt. Zwei der Frauen wurden deshalb inhaftiert. Helen John verbüßt bis Mitte Mai eine sechsmonatige Haftstrafe und Tracy Hart befindet sich seit kurzem in Sicherheitsverwahrung, da sie sich weigerte zu schwören, künftig jede Aktion gegen die Lauscheinrichtung zu unterlassen. Um beiden Mut zu machen, bittet die britische Friedensbewegung den Frauen durch Postkarten und Briefe an ihre Gefängnisanschriften die weltweite Solidarität mit ihrem Kampf zu bekunden:

Helen John, Askham Grange Women's Prison Askham Richard York YO2 3PT, GB

Tracy Hart, HM Remand Centre Low Newton Brasside Durham DH1 5SD, GB

Für den 23. April liegt außerdem eine behördliche Räumungsverfügung vor. Dieser wollen die Frauen kurzfristig nachkommen, um sich in der Nähe erneut niederzulassen und damit neue Verwaltungsprozeduren zu erzwingen.
Solidaritätsbekundungen und Spenden an: Womenwith Peace Camp, A59, Slack lane, N Yorks, GB

revolutionärer
1. Mai 1996

Einladung zu einem Vorbereitungstreffen für einen

bunten schwarzen Block

im Internationalen Block auf der DGB-Demo

am Dienstag, den 2. April um 20.00 Uhr im Libertären Zentrum
Karolinenstr. 21, Passage Haus 2

Hanna Krabbe

Am 29. 02. fand in der Lübecker Bürgerschaft die Abstimmung über einen Antrag der Grünen statt, der vorsieht, die Forderung nach Freilassung von Hanna Krabbe zu unterstützen und Bürgermeister Bouteiller auffordert, sich beim Bundesjustizminister und dem zuständigen Düsseldorfer Staatsschutzsenat schriftlich für die Freilassung einzusetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen angenommen.
Einige GenossInnen begleiteten die Abstimmung vor dem Rathaus mit einem Infotisch. Die Resonanz war relativ gut, vor allem SchülerInnen zeigten sich interessiert an Hannas Situation.
Die Justiz andererseits steht nach wie vor zu ihrer harten Linie und besteht auf dem nach der Anhörung vom Nov.'95 noch zu erstellenden psychiatrischen Gutachten.
Unterdessen hat es viele Protestschreiben an die zuständigen Stellen gegeben - viele dieser Briefe kamen auch aus Spanien. Um Hannas Freilassung durchzusetzen, braucht es aber auch weiterhin verstärkten öffentlichen Druck!
Kleine Anekdote zum Ende: Die Lübecker CDU setzt sich penibel dafür ein, die angebliche Rechtswidrigkeit des Bürgerschaftsbeschlusses (die Einmischung in Bundesangelegenheiten), zumindest für Bouteiller als Unterzeichner der zwei Protestschreiben zum Fallstrick werden zu lassen: "Auf das laufende Disziplinarverfahren gegen Bouteiller dürfte sich das nicht günstig auswirken." (CDU-Fraktionschef am 15.03.)

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Am 9. Februar hat Mumia, der 1981 wegen der angeblichen Ermordung eines Polizisten zum Tode verurteilt wurde, vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Berufung eingelegt. In der 119 Seiten umfassenden Berufungsschrift werden 26 verfassungs- und verfahrensmäßige Fehler dokumentiert und Richter Sabos Ablehnung von Jamals Petition für ein neues Verfahren vom 15. September '95 angefochten. Außerdem klagt Mumia z.Z. gegen den Sender National Public Radio, der 1994 seine Stellunnahme zum Todesurteil auf Druck von Senator Bob Dole nicht gesendet hat.

FrauenLesben Widerstand gegen Atomkraft
Wendland am Tag X 2

Aus einem FrauenLesben Camp, das vor einiger Zeit im Wendland stattgefunden hat, ist die Idee entstanden, für den Tag X 2 - und evtl. auch schon vorher - FrauenLesben Aktionen zu planen und zu machen.
Es ist geplant, von einer Wiese einen FrauenLesben Bereich abzutrennen, wo sich FrauenLesben (Gruppen), die Lust auf gemeinsame Aktionen haben, zusammenfinden, austauschen und koordinieren können. Diese Wiese ist ca. 12 km vom Zwischenlager in Gorleben und ca 35 km von der Verladestation in Dannenberg entfernt. Um für die Aktionen mobil zu sein, ist es wichtig, Fahrräder und Autos dazuhaben!
Noch gibt es nicht viel mehr, als die Idee von FrauenLesben Aktivitäten am Tag X 2 und ein paar interessierte FrauenLesben. Die Mobilisierung für den Tag X 2 kann ein Anfang sein für eine Vernetzung und gemeinsame Aktionen für an Anti-AKW-Arbeit interessierte FrauenLesben (Gruppen).
Auf jeden Fall wird eine FrauenLesben Telefonkette ausgelöst werden; wenn ihr aufgenommen werden wollt, meldet euch bei der Kontaktadresse. Dort könnt ihr auch genauere Infos kriegen, evtl auch Vermittlung von Schlafplätzen für Frauen, die nicht Zelten können/wollen.

Kontaktadresse:
FrauenLesben gegen Atomkraft
St. Paulistr. 10 - 12
28208 Bremen
Spenden an:
Sparkasse Bremen
KtNr. 1182 6989
BLZ 290 501 01
Stichwort: Initiative FrauenLesben gegen Atomkraft



Polizisten, die zum Brechen reizen

Unter der Überschrift "Kampagnen zum Schaden des Rechtsstaates" widmete Bremens Innensenator Borttscheller amnesty international und dem Bremer Anti-Rassismus-Büro (ARAB) am 8.3.96 einen Artikel in der FAZ. amnesty hatte die vom ARAB im Frühjahr 95 erhobenen schweren Vorwürfe gegen die Bremer Polizei wegen rassistischer Mißhandlungen im Zuge der polizeilichen Brechmittelvergabe aufgegriffen und in dem jüngsten ai-Bericht angeführt. Dafür attackierte Borttscheller die Menschenrechtsorganisation mit harten Worten. In einer parallel verbreiteten Presseerklärung warf Borttscheller der Londoner Menschenrechtsorganisation vor, sich von dem "linksextremen" ARAB, welches er gleichzeitig in den Dreck zu ziehen versuchte, "instrumentalisieren" zu lassen. Borttscheller sei "nicht länger bereit, diese Agitation gegen den Rechtsstaat widerspruchslos hinzunehmen". Er stellte in dem FAZ-Artikel gleichzeitig fest, daß Kampagnen gegen die Abschiebung abgelehnter Asylsuchender den Rechtsstaat gefährden würden.

Die Tatsache, daß Borttscheller ernst macht und versucht, jegliche Kritik an der staatlichen Asyl-, Abschiebe-, und Polizeipolitik zu unterbinden, hat er u.a. im Januar 96 unter Beweis gestellt. Damals ließ die Bremer Staatsanwaltschaft das gesamte ARAB, Sielwallhaus (in dem das ARAB Räume nutzt (und die Wohnungen von zwei ARAB-Mitarbeitern durchsuchen, um Beweismittel sicherzustellen. Den Grund lieferte eine von Borttscheller gestellte Strafanzeige - wegen eines Flublatts, in dem er und Bundesinnenminister Kanther als "Schreibtischtäter", die für "Massendeportationen" verantwortlich sind, bezeichnet werden.

Darüberhinaus wurden gegen ARAB-Mitarbeiter Strafbefehle wegen Volksverhetzung verschickt. Demnach stelle die Broschüre "Polizisten, die zum Brechen reizen", welche die Brechmittelvergabe durch die Bremer und Frankfurter Polizei thematisiert, eine "unglaubliche Verleumdung" der Bremer Polizei dar. Inzwischen hat die Bremer Staatsanwaltschaft alle Exemplare der Broschüre beschlagnahmen lassen.

Diese Vorgänge bieten den Anlaß für eine Veranstaltung mit dem Bremer Anti-Rassismus-Büro. Im Rahmen der Veranstaltung sollen Arbeit, Ansatz, inhaltliche Schwerpunkte und Erfahrungen des seit knapp 5 Jahren existierenden ARAB vorgestellt werden. Darüberhinaus soll eine Darstellung und Diskussion der sich in Bremen (und nicht nur dort) abzeichnenden Kriminalisierungswelle (die sich nicht nur gegen das ARAB richtet) gegen antirassistische Arbeit im Allgemeinen erfolgen. Die Veranstaltung findet statt im:

Antifacafe in der B5
Brigittenstr.5
Freitag, d.12.4. um 19.30 Uhr

FrauenLesbenladen Bremen

Es ist soweit, es gibt einen "FrauenLesbenladen" in Bremen. Ein Ort, wo FrauenLesben sich treffen, austauschen, informieren, einfach wohlfühlen und anderes können. FrauenLesbengruppen treffen sich dort bereits regelmäßig. Darüberhinaus ist ein "FrauenLesbeninfoladen" geplant, bzw. im Aufbau. Wir wollen einen Raum schaffen, wo FrauenLesben die Möglichkeit haben, zu den unterschiedlichsten Themen Informationen zu beziehen, einen Überblick über Aktionen und vieles mehr zu erhalten.

FrauenLesbenladen, Kreuzstraße 29, 28203 Bremen

Arranca Nr. 8 ist da!

Lange angekündigt, ist jetzt die neue Arranca erschienen, mit dem Schwerpunkt: "Sexualmoralischer Verdrängungszusammenhang". Auf vielseitige Art wird sich mit dem Komplex Sexualität, der auch (und gerade?) in der Linken mit vielen Tabus und Fettnäpfchen gespickt scheint, genähert. Wir finden es begrüßenswert, daß sich mal Leute getraut haben, sich so umfangreich zu diesem Thema zu äußern und hoffen auf produktive und spannende Diskussionen.

Prozeß gegen Ömer in Münster

Am 22.01. begann vor der großen Strafkammer des Landgerichts Münster der Prozeß gegen den Kurden Ömer E. Er wird beschuldigt, einen Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro begangen zu haben. Die Anklage lautet auf "versuchte schwere Brandstiftung" und "versuchter 12-facher Mord". Er sitzt seit 10 Monaten in U-Haft. Ömer bestreitet entschieden, die Tat begangen zu haben. Er hat 5 Entlastungszeugen benennen können, die glaubhaft versichern konnten, zur Tatzeit mit Ömer in einer Wohnung gewesen zu sein.

Nach 6 Verhandlungstagen lassen sich die Indizien, die gegen Ömer vorgetragen werden, wie folgt zusammenfassen:

- bei dem Brandanschlag wurde ein Benzinkanister sichergestellt
- an einer Tankstelle, an der solche Kanister verkauft werden, wurden die Videobänder eines Tages kontrolliert
- einer von drei Leuten, die an dem fraglichen Tag einen solchen Kanister kauften, war mutmaßlich ein Kurde.

Dies genügte für eine bewaffnet durchgeführte Durchsuchung seiner Wohnung und reichte aus, ihn für 10 Monate ins Gefängnis zu bringen.

Würde Ömer verurteilt werden, drohte ihm eine langjährige Haftstrafe in der BRD mit anschließender Abschiebung (als "straffällig gewordener Ausländer") in die Türkei...

Spendenkonto für Prozeßkostenhilfe:
Schwarze Hilfe e.V.
KtoNr. 282052468
BLZ 4401 0046
PostGiroAmt Dortmund
Verwendungszweck: "Ömer"

Weitere Infos unter Tel: 799 081
Di 18 - 20h; Do 19 - 23h
im Infoladen Bankrott,
Dahlweg 64 in Münster



"Stell dir vor, es herrscht Ausnahmezustand - und niemanden interessiert's!" Newroz 1996 in Deutschland

Die Anweisung kam von "oben", von Innenminister Kanther und war eindeutig: Anläßlich des kurdischen Neujahrfestes, Newroz am 21.3. seien bundesweit jegliche Demonstrationen, Kundgebungen oder ähnliche Veranstaltungen zu verbieten. Schon im Vorfeld wurde von PolitikerInnen und Medien wieder einmal das Bild der gewalttätigen KurdInnen-Horden an die Wand gemalt, die die "Gastfreundschaft" Deutschlands zur Verbreitung von Terror mißbräuchten (die Berichterstattung über die Frauen/Lesben-Demo am 9.3. in Bonn war dabei beispielhaft und diente im Folgenden als Argumentationshilfe bei Demonstrationsverboten). Schlimm genug, so der Tenor, daß so viele KurdInnen hier leben, aber dann sollen sie sich zumindest still verhalten und dankbar zeigen, daß ihnen "großzügig" in der BRD Aufenthalt gewährt wird - der kurdische Befreiungskampf als innertürkisches "Problem", mit dem die deutsche Öffentlichkeit doch bitteschön nicht behelligt werden solle, wobei die immense Unterstützungsrolle der BRD für die türkische Regierung einfach ausgeblendet wird.

Solchermaßen eingestimmt, kümmerte es die bundesrepublikanische Öffentlichkeit wenig, daß bundesweit Demoverbote ausgesprochen und durchgesetzt sowie Kontrollen und Ingewahrsamnahmen nach rassistischen Kriterien vorgenommen wurden. Der Polizeiterror im Ausnahmezustand weckt nicht Empörung, sondern wird im Gegenteil den KurdInnen angelastet: Fernsehbilder von Polizeikesseln unterstützen propagandistisch den Ruf nach einer Verschärfung der Abschiebe-regelungen und des Demonstrationsrechtes.

Diese Verschärfungen standen bereits vorher fest, der weitgehend friedliche Verlauf der Demonstrationen, so sie denn stattfinden konnten, vermochte daran nichts zu ändern. Die beschlossenen oder geplanten Veränderungen haben es in sich: Abschiebung bei Verurteilung wegem schwerem Landfriedensbruch, geplant ist die Teilnahme an verbotenen Demonstrationen als einfachen Landfriedensbruch zu bestrafen und die Einstufung als schweren Landfriedensbruch der Handlungen, die bisher einfacher Landfriedensbruch waren sofern sie auf einer verbotenen Demo vollzogen werden.

Die Einschränkungen in das Demonstrationsrecht (nicht nur für KurdInnen!) sind damit enorm.

Daß die bundesrepublikanische Linke sich von all dem wenig berührt zeigt, ist nicht neu aber deshalb nicht minder erschreckend: Ein polizeilicher Ausnahmezustand, so er sich gegen KurdInnen richtet, wird achselzuckend hingenommen.

Einige Ausschnitte aus dem deutschen Polizeistaat (aus: Biji 77):

Bonn, 9.3.

Ca. 2.500 deutsche und kurdische Frauen kamen zu einer Frauen- und Lesbendemo anläßlich des internationalen Frauentages am 8.3. nach Bonn. Ein Hauptthema der Demonstration war auch die Unterstützung des Befreiungskampfes der KurdInnen. Nach über einer Stunde Demonstration, während der auch ERNK-Fahnen u.a. kriminalisierte Symbole gezeigt wurden, ohne daß die Polizei etwas unternommen hätte, liefen die Frauen in der Maxstraße in der Bonner Innenstadt in eine Falle. Die Straße wurde von beiden Seiten abgesperrt und die Demonstrantinnen wurden eingekesselt. Die Polizei wollte die Personalien der "Strafttäterinnen" feststellen und daß sie die Fahnen im in der gleichen Straße befindlichen kurdischen Zentrum abgeben, dann sollten sie durch einen Polizeitrichter gehen, was von den Frauen abgelehnt wurde. Nachdem die sehr zäh verlaufenden Verhandlungen gescheitert waren, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den eingekesselten Frauen. Die Demonstrantinnen warfen zunächst mit Kartoffeln und Tomaten, später setzen sie sich gegen brutale Polizeiangriffe auch mit härteren Gegenständen zur Wehr. Es gab viele, zum Teil schwer Verletzte und Festnahmen. Die ganze Einkesselung dauerte über 10 Stunden, viele Frauen und teilnehmende Kinder konnten erst am nächsten Morgen wieder nach Hause fahren.

Dortmund, 16.3.

Eine für den 16.3. in Dortmund angemeldete europaweite Demonstration für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts wurde im Vorfeld verboten. Dieses Verbot wurde durch einen brachialen Polizeieinsatz durchgesetzt.

Innenminister Kniola aus NRW sagte am 16.3. abends im WDR, es seien 8.500 Beamte von Polizei und BGS im Einsatz. Sie hätten 4.900 "Platzverweise" erteilt, fast 2.000 Personen "in Gewahrsam" genommen und 500 Leute festgenommen (allein in NRW). Bundesweit wurden Busunternehmen im Vorfeld von der Polizei von der Vermietung abgehalten bzw. an der Fahrt gehindert. In Hannover z.B. durften die Busse nicht abfahren, 64 Leute wurden in Hannover festgenommen, als sie in den Zug nach Dortmund steigen wollten. Ein Zug aus Leipzig nach Dortmund wurde im Kasseler Bahnhof kontrolliert. "Nicht-ausländerInnen" durften aussteigen, die "AusländerInnen" mußten im Zug bleiben, der geschlossen und nach Leipzig zurückgeschickt wurde.

Auf den Autobahnen in Gütersloh, Frankfurt und Aachen hinderte die Polizei Busse mit ausländisch aussehenden Menschen an der Weiterfahrt. KurdInnen, die zur Dortmunder Demo wollten, blockierten daraufhin die drei Autobahnen. Die Blockaden dauerten bis in den Abend an. Die Polizei schloß die Grenzüberänge zu den Niederlanden in Elten und die Grenzübergänge nach Belgien und Holland in Aachen. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen zwei Polizisten die Waffen abgenommen wurden (und später am Grenzübergang wieder abgegeben wurden) und ein Streifenwagen demoliert



wurde. Auf den Autobahnen wurden flächendeckend als KurdInnen Verdächtigte angehalten und an der Weiterfahrt gehindert, die Wagen mit Farbe auf den Autoreifen "gekennzeichnet"...
Um die Dortmunder Innenstadt errichteten Polizei und BGS nach eigenen Angaben 1200 (!) Kontrollstellen gegen KurdInnen. Auf dem Hauptbahnhof wurden Schleusen für "Weiße" und "ausländisch Aussehende" errichtet. Alle ausländisch aussehenden Menschen wurden durchsucht, zwecks Personalienfeststellung festgenommen und gefesselt. In Gefangenenbussen wurden sie abtransportiert. Zwei Fotografen werden die Kameras zerstört und die Filme herausgerissen. Im Bahnhof wurden als Kurden Verdächtigte von Sondereinsatzkommandos (SEK) abgedrängt, eingekesselt, auf den Boden geworfen und mit Knüppeln geschlagen. Züge wurden von der Polizei gestoppt, Geschäfte im Bahnhof geschlossen.
Gegen 13.30 Uhr wird in der Innenstadt eine Sitzblockade organisiert. Fahnen der ERNK und der PKK werden entrollt. Gefordert wird, alle Gefangenen freizulassen. Die Verhandlungen mit der Polizei sind ergebnislos, die Polizei setzt Tränengas und Knüppel ein. Gegen 16 Uhr errichtet die Polizei einen "Trichter" im Kessel, durch die alle gehen und Steine sowie Fahnen abgeben sollen. Unter dieser Bedingung sagt die Polizei die Erlaubnis für eine Demonstration zu. Die DemonstrantInnen gehen durch den "Trichter" und lassen sich kontrollieren. Danach gibt es tatsächlich eine Demonstration zu dem ursprünglich angestrebten Ziel, dem Dortmunder Rathaus. Schon kurz hinter dem "Trichter" werden wieder Fahnen von ERNK und PKK entrollt. Das Fronttransparent lautet: "Für eine politische Lösung in Kurdistan".
(soweit die Berichte aus "Biji")

Hamburg

Auch in Hamburg verhinderte die Polizei in der Nacht vom 15. auf den 16.3. die Abfahrt der Busse nach Dortmund. Die an der Abfahrt gehinderten KurdInnen veranstalteten daraufhin eine Spontandemo durch St.Georg.
Am Abend des 16.3. gab es ebenfalls eine Spontandemo, bei der 70 überwiegend "weiße" DemonstrantInnen durchs Schanzenviertel zogen.

Die Newroz-Demo am Nachmittag des 20.3. war, wie alle öffentlichen Kundgebungen, verboten worden. Dennoch versammelten sich am Auftaktort Spritzenplatz in Ottensen ca. 150, vorwiegend nicht-kurdische Menschen. Daß die KurdInnen sich unterdessen an der Sternschanze versammelten, war der "weißen" Szene nicht vermittelt worden - ein typischer Ausdruck der desolaten Kommunikationsstrukturen zwischen uns und den KurdInnen. Am Spritzenplatz wurden Transparente entrollt und Parolen gerufen, aufgrund der Bullenübermacht wurde sich aber nach kurzer Zeit aufgelöst. Ein Teil der DemonstrantInnen formierte sich wenig später jedoch in der Großen Bergstraße in Altona als Demonstration.
An der Sternschanze hatten sich unterdessen unter den mißtrauischen Augen einer Polizeiarmada ca. 300 KurdInnen versammelt, die tanzten und Parolen riefen. Als die Polizei über Lautsprecher die Versammlung für aufgelöst erklärte, formierte sich blitzschnell ein Demozug, dem sich auch die anwesenden nicht-kurdischen Menschen anschlossen. Obwohl das Schanzenviertel von 1.400 Bullen militärisch besetzt war, zog die Demo lautstark durchs Viertel. Allerdings nicht weit, denn auf dem Schulterblatt gab es dann nach 800 Metern den Polizeikessel, der von Anfang an abzusehen gewesen war. Während das gesamte Viertel weiträumig abgesperrt war, die Straßen ein weißes Meer aus Bullenhelmen, wurden 200 Eingekesselte in Gewahrsam genommen und in HVV-Bussen auf weit entfernte Wachen verteilt. Nach 3 Stunden war die Polizei jedoch gezwungen, die verbliebenen 100 DemonstrantInnen wegen "Wahrung der Verhältnismäßigkeit" ohne Personalienfeststellung wieder aus dem Kessel zu entlassen.



This summer unlicensed fun will become illegal
STOP THE CRIMINAL JUSTICE BILL

PKK-Prozeß

Am 20.3., dem Tag des polizeilichen Ausnahmezustandes, begann in Hamburg auch der Prozeß gegen Azime Yilmaz, Meryem Yagicibulut und Sait Bilgin. Alle drei sind angeklagt, FunktionärInnen der PKK zu sein. Das Gerichtsgebäude war erwartungsgemäß von Polizei belagert, eine angemeldete Kundgebung vor dem Gericht war verboten worden. Eine autonome Kleindemo zum Gericht "scheiterte" an den Polizeisperren und zog daraufhin zurück ins Karoviertel.
Während der erste Prozeßtag noch gut besucht war (der Sitzungssaal war mit 80 ZuhörerInnen voll besetzt, vorm Gebäude waren nochmal ca. 50 Menschen), sah es an den folgenden Tagen recht mau aus. Bisher waren die Verhandlungen geprägt von Azimes Verlesung ihrer 50-seitigen Prozeßerklärung. Dabei, wie auch bei den Verteidigergesprächen während der Verhandlungen, stellten sich die vom Gericht gestellten Dolmetscher als großes Problem heraus, da sie immer wieder fehlerhaft übersetzten. Bei verbessernden Rufen aus dem BesucherInnensaal drohte der vorsitzende Richter Mentz wiederholt mit Saalräumungen. Die Verteidigung hat darum gefordert, eigene DolmetscherInnen bestellen zu können.
Am 29.3. kam es im Prozeß zu einem Zwischenfall. Als zu Beginn einer Verhandlungspause Rechtsanwalt Rainer Ahues mit seiner Mandantin Azime noch ein kurzes Gespräch führen wollte, versuchten zunächst zwei Schließerinnen, dies zu unterbinden, anschließend ordnete Richter Mentz die sofortige Abführung von Azime an. Da sie sich weigerte, wurde sie gewaltsam abgeführt, dabei geboxt und getreten.
Der Prozeß ist bis Ende Juni angesetzt, im April sind Verhandlungstermine am 9., 10., 11., 16., 17., 23., 24., und 30. jeweils um 9.30 Uhr Staatsschutzsaal OLG. An den Prozeßtagen ist das Prozeß-Cafe in der B5, Brigittenstr.5, geöffnet.



Zu den Verhaftungen von Michael und Bernhard

In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar wurden Michael und Bernhard in Witzhave verhaftet. In den Medien wurde dies als „erster Schlag gegen die AIZ-Terroristen" gemeldet. Nach einer Verfolgungsjagd sei es der Polizei gelungen, die beiden festzunehmen. Das Auto wurde stundenlang abgesichert und erst nach dem Eintreffen von Sprengstoffrobotern durchsucht. Mit der Meldung der Verhaftung im Radio kam immer auch, daß Sprengstoff im Auto vermutet werde. In den Zeitungen folgten diverse „Hintergrundberichte", die der Öffentlichkeit immer stärker suggerierten, daß und warum die beiden Terroristen geworden sein sollen. „In der Schule isoliert und gehänselt, keine Freunde, von Freundin verlassen, ..." Angebliche Erddepots und Anschlagspläne wurden präsentiert...

Was gibt es bis jetzt an wirklichen Fakten?

Am 13.6.95 wurden die Wohnungen von Bernhard in Mönchengladbach und Michael in Rellingen durchsucht. Sie lebten seitdem weiterhin in ihren Wohnungen.

Michael und Bernhard wurden in Witzhave verhaftet. Die angebliche Verfolgungsjagd war eine eher durchschnittliche Verhaftungsaktion. Zehn Minuten vor der Verhaftung kamen Bernhard und Michael in eine „Verkehrskontrolle", bei der das Vorhandensein von Warndreieck und Verbandkasten überprüft wurde. Nach der Kontrolle fuhren die beiden weiter. Das Auto wurde von einem Wagen überholt und ausgebremst, sie hielten an, es kamen drei oder vier weitere Bullenwagen hinzu. Die Verhaftung lief ohne besondere Schikanen, also keine Plastikfesseln und auf den Boden etc. Michael kann sich nicht daran erinnern, bei den Bullen Waffen im Anschlag gesehen zu haben. Weder im Auto noch bei den beiden wurden Waffen oder Sprengstoff gefunden.

Eine Tatsache, die die Behauptung der Polizei, beide hätten ein Erddepot leergeräumt und seien seitdem beschattet worden, eher als PR-Inzienierung erscheinen läßt.

Nach der Verhaftung kamen die beiden nach Reinbek, von dort aus Montag Morgen nach HH-Fuhlsbüttel. Am Montagnachmittag/frühen Abend trafen sie per Hubschrauber in Karlsruhe ein. Um 22 Uhr hatten sie Haftprüfung, bei der ihnen der Haftbefehl verkündet wurde. Michael hatte Montag Nacht noch nicht mit seiner Anwältin reden können. Ein Kontakt zu seiner Anwältin fand erst am Freitag, den 1. März statt.

Beide haben weder bei Verhörversuchen noch beim Haftprüfungstermin Aussagen gemacht. Der Haftbefehl stützt sich hauptsächlich auf angebliche Bewegungen des Autos von Michael. So soll das Auto zwei Stunden vor dem Anschlag auf den Peruanischen Honorarkonsul in Düsseldorf festgestellt worden sein. Ebenso einige Stunden später in Göttingen, von wo aus das Bekennerschreiben verschickt worden sein soll.

In Göttingen sei angeblich eine (unbekannte) Person aus dem Auto gestiegen und zum Briefkasten gegangen. Außer dieser Beobachtung in Göttingen gibt es im Haftbefehl keinerlei Aussagen zu den Personen, die sich im Auto aufgehalten haben sollen. Es wird im Haftbefehl nicht deutlich, woher die Erkenntnisse zum Aufenthalt des Autos, das auf Michael angemeldet ist, kommen. Da fast nie Angaben über die Personen im Auto genannt werden, gehen wir davon aus, daß das Auto nicht direkt observiert, sondern über andere Ortungsmöglichkeiten überwacht wurde. Daneben wird behauptet, daß bei beiden Schriftstücke festgestellt wurden, in denen sich mit den gleichen Themenbereichen auseinandergesetzt wird, mit denen sich auch die AIZ auseinandersetzt. Außerdem soll daß Schriftgut der beiden Ähnlichkeiten mit Texten der AIZ haben.

Zu den Haftbedingungen der beiden ist noch nicht viel klar. Fest steht daß Michael in Lübeck ist. Bernhard sitzt in Köln-Ossendorf. Wie oben geschildert ist bis jetzt nur Fakt, daß die zwei Genossen verhaftet wurden und der AIZ-Mitgliedschaft beschuldigt werden.

Selbstverständlich gilt ihnen unsere Solidarität, und genauso selbstverständlich werden wir neben der materiellen Hilfe versuchen, mit ihnen eine Auseinandersetzung um eine weitergehende Solidaritätsarbeit zu führen.

Zur Solidarität

Unter dem Eindruck der massiven Staatsschutzhetze, die keinen anderen Schluß zulassen soll, als daß zwei AIZler verhaftet wurden, werfen verschiedene Leute Fragen auf wie: „Wie halte ich es mit der AIZ?" und „Kann ich überhaupt solidarisch sein, wenn es AIZler wären?"

Konkret existieren bisher nur von der BAW geäußerte Vorwürfe. Die beiden Genossen haben sich nicht geäußert. Wir wollen zuerst klarstellen, daß Spekulationen um den Wahrheitsgehalt der BAW-Vorwürfe mehr als verfehlt sind. Ferner ist für unsere Solidarität gegen staatliche Repression wichtig, keine Situation entstehen zu lassen, in der sich Beschuldigte zu Behauptungen der BAW äußern müssen, z.B. indem sie sich distanzieren. (Denkt daran: Anna und Arthur halten das Maul!)

In der linken Diskussion existieren die unterschiedlichsten Kritiken und Positionen in Bezug auf die AIZ. Kritisiert wird unter anderem die Art der Durchführung ihrer Aktionen und vor allen Dingen ihre Interpretation anti-imperialistischer Politik und Geschichte. Dabei stößt insbesondere ihre Bezugnahme auf islamisch-fundamentalistische Kräfte auf Widerspruch.

Auseinandersetzung und Kritik innerhalb der Linken sind notwendig und richtig. Jeder politische Ansatz der Linken muß sich innerhalb einer Bewegung verantworten. Diese Diskussionen sind wichtig für die Weiter- und Wiederentwicklung linker Politik.

Dies darf aber nicht zur Voraussetzung für die Solidarität gegenüber Staatsschutzangriffen gemacht werden. Die AIZ hat ihren Ausgangspunkt in einer Interpretation und Kritik der antiimperialistischen Bewegung und der RAF. Ihr Kampf richtet sich gegen weltweite Unterdrückung duch den Imperialismus. **Für uns ist die AIZ ein Bestandteil der Linken. Wir stellen das nüchtern und ohne Wertung fest. Ohne Wertung deshalb, weil es uns an dieser Stelle nicht um eine Auseinandersetzung mit der Politik der AIZ geht. Vielmehr geht es uns um einen allgemeinen Solidaritätsbegriff, der alle Genossinnen und Genossen gegen staatliche Repression und Vernichtung in Schutz nimmt und Unterstützung anbietet.**

Soligruppe Hamburg

Solidaritätsarbeit mit verfolgten Gruppen kann mehrere Ebenen haben. Zum Beispiel als „offensiver Ansatz", der die angegriffene Politik als Ausgangspunkt der Soliarbeit nimmt. Zum anderen als Ansatz, der primär eine Schutzfunktion aufbaut, die allgemeinen Zusammenhänge des Angriffs thematisiert und einordnet und darin natürlich auch die angegriffene Politik benennt und den Raum für revolutionäre Initiativen offenhält.

Die Hamburger Soligruppe besteht aus Leuten unterschiedlicher politischer Herkunft, die versuchen eine gemeinsame solidarische Haltung gegen die Angriffe vom 13.06. aufzubauen. Darin stehen für uns nicht alleine die konkreten Politikansätze der kriminalisierten Strukturen im Vordergrund.

Hat die BAW bei Kriminalisierungsversuchen linker Strukturen Erfolg, schränkt dies immer auch die Bedingungen anderer Kräfte ein.

Geschichtlich hatte z.B. die Verfolgung des angeblichen RAF-Umfeldes starke Auswirkungen auf die gesamte Linke. Das PKK-Verbot schränkt die Möglichkeiten aller linken türkischen und kurdischen Gruppen ein. Daraus folgt, daß es immer auch um unsere eigenen Bedingungen geht. Dieser Ansatz hat sicherlich Schwächen, wir sehen aber auch gute Möglichkeiten, eine stärkere gemeinsame Haltung gegen den Staat und seine repressiven Schläge zu entwickeln, auch über die „Betroffenheit" Einzelner hinaus.

Die Demo am 16.12.95 mit ihren unterschiedlichsten Bezugspunkten war eine Initiative, die unsere Haltung zum Ausdruck bringt.

Hamburg, März 1996



Liebe Grüße an Michael und Bernhard!

Trotz Repression den eigenen Widerstand organisieren!

Links ist da, wo der Daumen rechts ist

Zur Diskussion über die Antiimperialistischen Zellen

Seit Ende Februar bei Hamburg zwei Männer unter dem Vorwurf, AIZ-Mitglieder zu sein, verhaftet worden sind, ist die Diskussion über das Verhältnis linke Szene - AIZ wieder einmal aufgeflammt.

Es geht dabei um die Frage, ob oder inwieweit die AIZ eine linke Gruppe sind und dementsprechend ob oder inwieweit seitens der AIZ ein Anrecht auf die Solidarität der linken Szene besteht. Manche fordern eine explizite öffentliche Distanzierung von dieser Gruppe, andere eine verstärkte Auseinandersetzung, wieder andere verstehen die ganze Aufregung nicht. Anscheinend besteht also Klärungsbedarf.

Ich beabsichtige in diesem Leserbrief nicht, zur Klärung beizutragen, sondern möchte lediglich einen Eindruck wiedergeben, den ich als Teilnehmer an den Debatten in Kneipen, auf Treffen und an Stammtischen gemacht habe. Es geht mir dabei vor allem um die zum Teil vehement vorgetragene Einschätzung, die AIZ seien keine linke Gruppe. Ich halte diese Einschätzung leider für unzutreffend.

Um zum Hier und Jetzt zu kommen, möchte ich erst eine Geschichte erzählen: Auf dem Autonomen-Kongreß im letzten Jahr hatte ich das Glück, an einer Diskussion teilzunehmen zu dürfen, die mir unvergeßlich bleiben wird. Auch dort ging es darum, was links ist. Ausgangspunkt war die Frage nach dem Verhältnis von Techno und Subkultur, wobei, um es gleich zu sagen, Techno sich nach damaliger Meinung einiger Autonomer zur Subkultur verhält wie die AIZ zur Linken: Unverträglich. Andere vertraten jedoch die entgegengesetzte Meinung: Techno ist sub, total neu und antikommerziell, "Unsere Parties werden mit unheimlich viel Liebe gemacht"...

Es war also eine Diskussion, die den Stand der Dinge hervorragend wiedergab, und als ich ging, war der Spielstand unentschieden. Das Ergebnis hätte das Motto des Kongresses sein können: Anything goes, alles ist möglich und wenn man will, ist sogar Techno "links" (oder "rechts", ich halte beide Aussagen für blödsinnig).

Damit sind wir auch schon beim zentralen Dilemma jedes Versuches, irgendjemandem oder irgendetwas das Etikett "Links" zu verpassen oder zu verweigern: Links ist da wo der Daumen rechts ist, das heißt: man kann es pi mal Daumen sagen, definieren kann man es nicht. Alle, die was anderes behaupten, schwätzen nur und sind den Beweis bisher schuldig geblieben.

Vieles an den politischen Aussagen und der Praxis der AIZ ist auch in meinen Augen Scheiße - daß aber die Gruppe deshalb nicht zur Linken gehört, will mir nicht einleuchten. Denn die Richter-Skala der Begriffsverwirrungen und der Schwachmaten-Aktionen ist in der linken Sub nach oben hin offener denn je, und es ist überhaupt nicht einzusehen, daß die einen dazugehören, die anderen aber nicht.

Wenn auf einem Kongress der "undogmatischen Linken" vegane Vokü und Techno wie selbstverständlich die linken Weihen bekommen, wenn in der "Zeck" über irische und baskische Nationalisten, deren linker Kern seit langem verstummt oder zur Sonntagsrede geworden ist, kommentarlos berichtet wird und nebenan der Aufruf zum Klassentreffen im lakandonischen Urwald erscheint, dann ist das ok - aber dieselbe postmoderne Toleranz sollte man auch gegenüber einer Gruppe aufbringen, hinter deren gefährlicher Köpenickiade etwas hervorscheint, was uns Daheimgebliebene oder Zurückgekehrte zu Recht beunruhigt: Der Druck, es in den Verhältnissen nicht auszuhalten und die linke Defensive weltweit nicht akzeptieren zu wollen.

Das "links" nicht definiert werden kann, finde ich nicht verwerflich, diese Unfähigkeit sollte jedoch nicht durch Ausgrenzung von Gruppen kompensiert werden, die der lebendige Ausdruck eben dieser Unfähigkeit und der eigenen Versäumnisse sind. Den Eindruck, daß solche psychologischen Momente eine Rolle spielen, habe ich aber in so mancher Diskussion gehabt. Harte Kritik ist gerechtfertigt, jede Form der Ausgrenzung ist ein Selbstbetrug. Abends über die AIZ wegen islamistischer Anwandlungen den Stab zu brechen und morgens die Rückenschmerzen durch Shiatsu wegkneten zu lassen - das geht einfach nicht, denn "links" ist beides nicht, und wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen schmeißen nach Leuten, die mit der Realität auch nicht klarkommen.



All dies sagt im übrigen nichts über die beiden Inhaftierten. Die Gedankenlosigkeit, mit der in Diskussionen die Behauptungen der Staatsschutzbehörden als wahr angenommen wurden, wäre einen eigenen Beitrag wert - aber das spare ich mir heute.

Hans Wurst

Stell Dir vor es ist Repression und niemand geht hin

5 Hausdurchsuchungen in Bockenheim, §129a-Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der RAF, vier Personen in Beugehaft, eine Frau abgetaucht. Weitere §129a-Ermittlungsverfahren wegen Aktionen gegen Castortransport, gegen den Abschiebeterror am Frankfurter Flughafen und gegen den Ausbau von Cargo City Süd. Repression im Rhein-Main-Gebiet und die linksradikale Szene ergeht sich in Resignation und Handlungsunfähigkeit. Um dies zu durchbrechen, halten wir es für nötig, unsere Position aus einem politischen Verhältnis heraus zu erklären, unabhängig von individueller Betroffenheit oder Sympathie.

Das Repressionskarussell dreht sich auf Hochtouren: Zehn Monate nach Bad Kleinen wurden die ersten Durchsuchungen in der Fritzlarer Straße in Frankfurt durchgeführt. Es ging um Steinmetz, der dort mal gewesen sein soll, sowie um sein Motorrad nebst ominösen Sprengstoffspuren in ominösen Motorradkoffern. Desweiteren wurde Andrea W. als sogenannte Hauptverdächtige ausgemacht und in den Durchsuchungsbeschlüssen als Person aufgeführt. Ausgangspunkt für die Hausdurchsuchungen war der Anschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt: In den Motorradkoffern sollen angeblich Spuren des Sprengstoffes gefunden worden sein, der auch bei der Knastsprengung verwendet wurde. Ging es bei der ersten Hausdurchsuchung angeblich "nur" um die Eigentumsverhältnisse des Motorrades, so legitimierten die staatlichen Menschenjäger die nächsten zwei Durchsuchungen mit vermeintlichen Spurenfunden aus der jeweils vorherigen Durchsuchung. Daß Gegenstände mehrfach kontrolliert wurden und erst nach wiederholter Untersuchung angebliche Spuren aufwiesen, schien dabei niemanden zu interessieren. Die Auswirkungen für die BewohnerInnen der Fritze waren jedenfalls verheerend. Nach und nach gerieten alle ins Fadenkreuz der Ermittler, und durch immer neue Konstruktionen und "Spuren" öffnete sich die Bundesanwaltschaft (BAW) Tür und Tor, um alle Personen wahlweise als Zeuge/Zeugin oder als Beschuldigte/Beschuldigten vorladen zu können.

Andrea ist aufgrund ihres politischen Engagements dem Staatsschutz schon lange ein Dorn im Auge. Über ihren Entschluß wegzugehen und sich das Ganze aus der Ferne anzusehen, d.h. für die Bullen nicht greifbar zu sein, gibt es unterschiedliche Meinungen. Es ist immer eine politische und persönliche Entscheidung "abzutauchen". Wir akzeptieren auf jeden Fall ihren Entschluß, diesen Schritt zu tun. Die staatliche Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Zum zweiten Mal lud der BGH sechs Personen vor, die jedoch nicht bereit waren, Aussagen gegenüber dem Richter "Beuge-Beyer" zu machen. Gegen alle sechs Personen wurden Ordnungsgelder verhängt. Jens, Nick, Petra und Conny mußten am 12., bzw. 14. Dezember eine fünfmonatige Beugehaft antreten. Was sie in den Augen des Staatsschutzes "verdächtig" machte, war die Tatsache, im selben Haus und z.T. im selben Stockwerk zu wohnen, in welchem die Motorradkoffer mit den vermeintlichen Sprengstoffspuren gefunden wurden, und die nun Andrea zugeordnet werden sollen. Offensichtlich hat Klaus Steinmetz, dem auch das Motorrad



gehörte, in seiner Eigenschaft als VS-Agent die Koffer im Auftrag seiner Arbeitgeber in der Fritze deponiert. Denn so blöd kann niemand sein, Sprengstoff zu transportieren, und dann die Taschen in einem Szene- und polizeibekannten Haus abzuladen - es sei denn, er handelt in einem bestimmten Auftrag. Daß es sich bei dem Sprengstoff um die gleiche Substanz handeln soll, die in Weiterstadt zur Anwendung kam, interessiert uns weniger. Wir verweisen jedoch auf die Erklärung von Birgit Hogefeld vom Januar 96, in der sie klarstellt, daß Steinmetz weder in die "Kommando-Ebene" noch in irgendwelche Aktionen der RAF integriert war. Glaubt den Lügen der Mörder nicht!

Wir unterstützen die Haltung der Vorgeladenen, die Schnauze zu halten und nicht mit dem Staatsschutz zu kollaborieren, der alle Mittel ausschöpft, um Aussagen zu erpressen. Dennoch: no pasaran! Sie werden nicht durchkommen!

Da bei vielen die Hintergründe der Verfahren gegen die Fritze einige Unsicherheit auslösten, wollen wir nochmal auf die Weiterstadtaktion, die Politik der RAF, Bad Kleinen und den VS-Spitzel Klaus Steinmetz eingehen.

Das Knastbeben der besonderen Art, das das Hightech-Gefängnis Weiterstadt am 27. März 93 in eine 120 Milionen Mark teure Bauruine verwandelte stieß bei fast allen radikalen Linken auf eine positive Resonanz. Auch die Erklärung der RAF zu dieser Aktion beinhaltete eine neue politische Offenheit zur Diskussion um Widerstandsformen und -perspektiven und stand im Einklang mit ihrer Erklärung von April 92, die bewaffnete Aktionen gegen Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft unter bestimmten Bedingungen für eine gewisse Zeit einzustellen. Diese "Bedingungen" waren unserer Ansicht nach zu stark auf die Gefangenenfrage und die "Kinkelinitiative" zugeschnitten. So stilisierte die RAF die Haftbedingungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand zur Grundlage ihres Kampfes. Auch wir halten die Kommunikation der Gefangenen sowohl untereinander als auch mit anderen Gruppen innerhalb und außerhalb der Knastmauern für notwendig, die Aufhebung der Isolation für überlebenswichtig, aber eine Reduzierung der Politik auf diese Inhalte lehnen wir ab. Klaus Kinkel (FDP) setzte in seiner Initiative darauf, die Unterstützung für die RAF dadurch zu schwächen, in dem er Gefangenen Hafterleichterungen sowie frühzeitige Entlassungen in Aussicht stellte. Auch die Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Diskussion, wie hier grundsätzlich etwas verändert werden kann und Begriffe wie "Gegenmacht von Unten" waren uns zu schwammigg und ungenau, als daß wir als Autonome konkret etwas mit ihnen hätten anfangen können. Trotz vieler guter Ansätze (z.B. den Avantgardeanspruch aufzugeben und nicht mehr zu behaupten, die Konsequentesten und Klarsten zu sein, die gerade kämpfen), blieb es also doch eine politische Enttäuschung, da allem Anschein nach die Sprengung des Knastneubaus ihre politische Bestimmung hauptsächlich in der Stärkung der eigenen Position in der Gefangenenfrage hatte.

In einer Phase politischer Desorientierung und Stagnation (Teile der RZ haben ihre militanten Projekte aufgegeben, viele linke Gruppen werden durch antirassistische Abwehrkämpfe in die Defensive gedrängt - Hoyerswerda, Mannheim-Schönau, Rostock, etc.), kommt der Angriff des Staates in Bad Kleinen, die Ermordung von Wolfgang Grams und die Verhaftung von Birgit Hogefeld. Der Spitzel Klaus Steinmetz sollte zwar eigentlich auf dem Bahnhof entkommen, während Wolfgang Grams festgenommen werden sollte. Die GSG 9 Elitekiller nahmen aus Versehen jedoch ihren Kollegen fest und verhinderten so, daß das Staatsschutzschwein Steinmetz tiefer in die Strukturen der RAF eindrang. Obwohl Bad Kleinen auch für den Staat ein Desaster war und Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft ihr Ziel, die völlige Zerschlagung der RAF-Struktur, nicht erreichen konnten, schockte Bad Kleinen die ohnehin schon paralysierte revolutionäre Linke. Eine unsäglich Diskussion um Ursachen und politische Verantwortliche innerhalb der Szene begann, die durch Unoffenheit und gegenseitiges Mißtrauen geprägt war. Dabei wurden viele wichtige Fragen nicht hinreichend behandelt. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Erklärung von Birgit Hogefeld hin, welche benennt, was eigentlich logisch ist: nämlich daß Klaus Steinmetz nicht der einzige Spitzel in der revolutionären Szene gewesen sein kann. Es entspricht nicht der Arbeisweise der Geheimdienste, ausschließlich "EinzelgängerInnen" einzusetzen. So vermuten wir, daß der Mythos vom "Superspitzel Steinmetz" bewußt lanciert wurde, um von weitergehenden Fragen abzulenken. Wir wollen die Fragestellungen kurz skizzieren:

- Inwieweit sind unsere Strukturen geeignet, den Einstieg für Schnüffler zu erleichtern?
- Wenn K.S. keinen Kollegen/keine Kollegin zur Seite gestellt hatte, muß es zumindest "nützliche Idioten" gegeben haben, die bewußt oder unbewußt als moralischer und emotionaler Bezugspunkt für Steinmetz dienten. Ohne solche Bezugspunkte ist eine solche Geheimdienstoperation über Jahre hinweg undenkbar. Wir wollen aber fairerweise sagen, daß diese "Bezugspersonen" in perfider Weise ausgenutzt wurden, bestimmte Reaktionen und bestimmtes Verhalten an den Tag zu legen. Gerade dies herauszuarbeiten ist eine Aufgabe der revolutionären Linken für die Zukunft, wenn sie sich und ihre Strukturen noch ernst nehmen will.

Es ist wichtig, in die Offensive zu gehen, sich all diese Schweinereien nicht bieten zu lassen und stattdessen auf eigene Stärken zu bauen. Wir wollen verändern! Wir wollen siegen! Dafür brauchen wir die Solidarität zwischen allen, die gegen das ausbeuterische System kämpfen, die wissen, es kann keinen Frieden geben zwischen Herrschern und Unterdrückten. Auch wenn es heute utopisch klingen mag, es ist wichtig, sich nicht in Ohnmacht, Resignation oder Betroffenheit zu ergehen oder sie sogar zu kultivieren als eine Art neokapitalistischer Luxus-Apokalypse. Sich darauf zu beschränken, in den Fehlern der Vergangenheit rumzupuhlen, ist wenig produktiv. Aus den Fehlern und Versäumnissen für die gegenwärtigen und zukünftigen Kämpfe zu lernen, ist hingegen sinnvoll und notwendig. Denn "aktuell" ist die BAW in der Verfolgung des politischen Widerstands hier allemal! Das zeigt sich in der KurdInnenverfolgung, in den 129a Ermittlungsverfahren: gegen die Zeitung "radikal", AtomkraftgegnerInnen bezüglich Anti-Castor Aktionen, die Aktionen gegen die Erweiterung von Cargo City Süd und den Abschiebeterror am Rhein-Main Flughafen, gegen AntifaschistInnen in Weimar und Göttingen (wo 14.000 Telefonate abgehört wurden), gegen das K.O.M.I.T.E.E. in Berlin, gegen militante TierschützerInnen etc.

Wo Repression herrscht, gibt es immer auch Widerstand!

Oder:

Wo es Widerstand gibt, gibt es auch Repression!

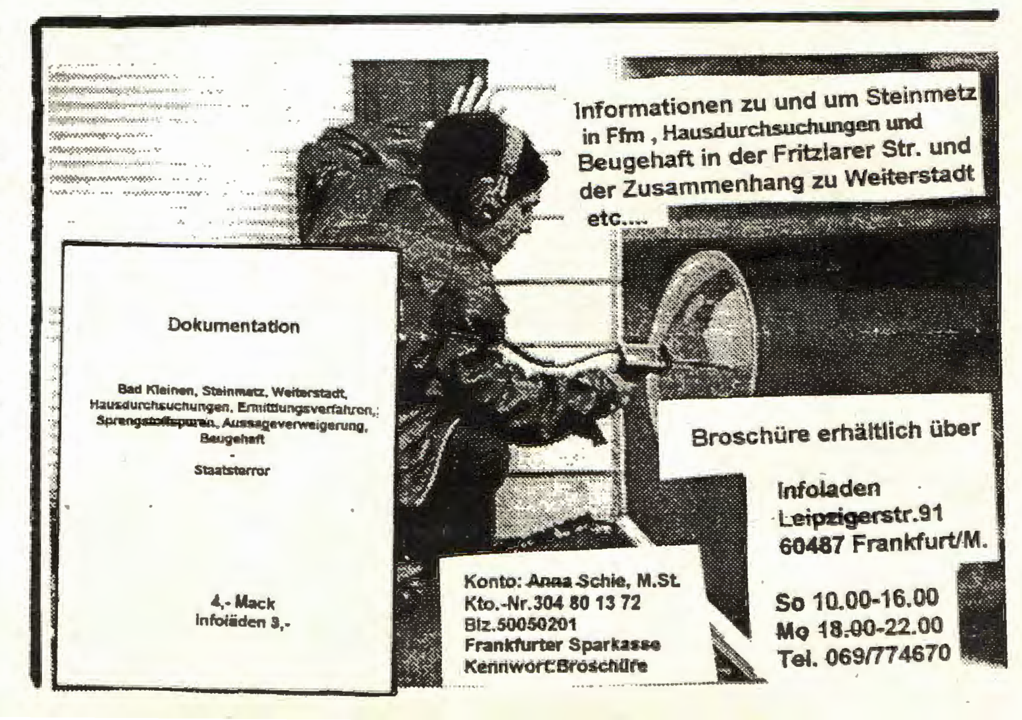
Repression wird nicht im Protest gegen die Repression selbst gebrochen, sondern durch die Verankerung sozialrevolutionärer Politik! Repressive Gewalt ist die Existenzbedingung der kapitalistischen Gesellschaft, und von daher ist für uns Repression nicht bloß die Addition von Unterdrückungsmaßnahmen. Repression hat immer eine Doppelfunktion: vordergründig geht es dem Staat darum, im Sinne individueller Schuld einzelne für Regelverstöße zu bestrafen. Für dieses Ziel steht ein ganzer Apparat aus Ermittlunsbehörden und Justiz zu Verfügung, die darauf hinarbeiten, den Staatsschutzkonstrukten eine mehr oder weniger rechtsstaatliche Form zu geben. Auf der anderen Seite will Repression immer auch abschrecken, will verhindern, daß sich andere mit den Kämpfenden solidarisieren. Dies beginnt bei den massiven Bullenaufgeboten bei Demos, den Knüppeleinsätzen, dem Abhören von Telefonen, den Bespitzelungen und endet bei drakonischen Haftstrafen oder der Erschießung von GenossInnen.

Repression ist kein Auswuchs, kein Übergriff. Es stellt bloß das Gewaltverhältnis von Herrschenden und Unterdrückten klar. Daher gilt es für die Unterdrückten, ihre Bedürfnisse auch jenseits der Gesetze zu realisieren!

In diesem Sinne: Linksradikal ins nächste Jahrtausend!

Einige aus Rhein Main





z.B. Krümmel bei Hamburg
Aufruf zur Tschernobyl-Demo am 27.4. in Krümmel

26. April 1986 - Super-GAU im Block IV des Atomkraftwerks Tschernobyl. Seitdem gibt es in der Ukraine und in Weißrußland mehrere tausend Tote, weit über 100.000 sind an Krebs erkrankt und werden daran als Spätfolge von Tschernobyl noch sterben. Rund um das AKW wurde eine Sperrzone mit einem Radius von 30 km errichtet. Dennoch werden die anderen Blöcke weiterbetrieben - die Bedienungsmannschaften werden jeden Tag durch die Sperrzone ins AKW gefahren. Der Super-GAU bewirkte die Zerstörung jeglicher Lebensperspektive rund um das AKW und die weitflächige Verseuchung eines Gebietes, in denen hunderttausende Menschen leben. Das ist die Realität der zivilen Nutzung der Atomenergie - eine Realität, die uns hier in Norddeutschland mit zahlreichen Atomanlagen (z.B. Krümmel bei Hamburg) jederzeit auch wiederfahren kann.

Aber schon der "Normalbetrieb" eines AKWs tötet Menschen. Für die ca. 20 Tonnen Uran, die ein AKW pro Jahr verbrennt, werden riesige Mengen Uranerz aus der Erde geholt.
Dadurch werden die Uranabbaugebiete weitflächig verseucht. Die Folge bei den dort lebenden Menschen sind zahlreiche Krebserkrankungen und -tote sowie Vernichtung ihrer Lebensperspektive. Denn vor radioaktiver Strahlung ist nirgendwo Schutz möglich.

Die radioaktive Strahlung gefährdet die AnwohnerInnen aller AKWs. Besonders um das AKW Krümmel ist seit einigen Jahren ein dramatischer Anstieg von Leukämieerkrankungen bekanntgeworden. Die Ursache hierfür sind zweifelsohne die Atomanlagen in Krümmel. Sieben Kinder sind bis jetzt erkrankt und auch für Erwachsene besteht ein erhöhtes Risiko. Die Gefahren der Niedrigstrahlung werden immer noch vertuscht. Für die Menschen in der Umgebung des Leukämiereaktors ist das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nicht mehr gegeben. Das AKW Krümmel bleibt am Netz, da sich die zuständigen PolitikerInnen dem Druck der Atomlobby beugen und wirtschaftliche Interessen über den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung stellen.

Die Betreiber HEW, PreussenElektra und die dahinterstehenden PolitikerInnen bestreiten immer noch, daß die Leukämifälle ursächlich mit dem AKW Krümmel im Zusammenhang stehen. Auch weitere Schädigungen durch Uran-Abbau, AKW-Betrieb und Atommüll-Lagerung werden geleugnet. Würden sie die Gefahren der Atomenergie anerkennen, müßte zwangsläufig die sofortige Stillegung die Folge sein. Da aber in die Atomindustrie viel Geld investiert wurde und sie jetzt Profite abwirft, wird am Weiterbetrieb festgehalten.

Es geht hier nicht bloß um die richtige oder falsche Wahl von Energietechnologien, sondern darum, wer mit Atomkraftwerken viel Geld verdienen will oder andere Machtinteressen verfolgt. Der Kampf um die sofortige Stillegung der Atomanlagen ist auch verknüpft mit Widerstand gegen die herrschenden gesellschaftlichen Strukturen.

Massiven Widerstand aus der Bevölkerung gegen die Atomindustrie gibt es bereits seit den siebziger Jahren. Aber daß sich Mehrheiten gegen die Atomenergie aussprechen, hat bislang nicht ausgereicht, die Stillegung durchzusetzen. Erfahrungen aus Whyl, Wackersdorf und Gorleben haben deutlich gezeigt, daß die Gesetze dazu geschaffen worden sind, Atomkraftwerke zu betreiben und den Widerstand dagegen zu kriminalisieren. Daraus resultieren, neben Demonstrationen, auch phantasievolle und entschlossene Aktionsformen, die wir begrüßen.

Ist schon die zivile Nutzung der Atomenergie in keinster Weise friedlich, so ist es die militärische erst recht nicht. Wie eng Atomkraftwerke und Atombombe zusammenhängen, wurde uns gerade von der französischen Regierung demonstriert. Nach langjähriger Pause sind 6 Atomtests im Pazifik durchgeführt worden.

Der Bombenstoff wird von der Cogema geliefert, die auch die Plutoniumfabrik WAA La Hague betreibt, in der auch Atommüll aus bundesdeutschen AKWs bearbeitet wird. Aus La Hague soll der strahlende Müll wiederum nach Gorleben rollen, um dort für unbestimmte Zeit in einer Lagerhalle zu stehen. Schon diese Transporte von hochradioaktivem Atommüll quer durch Europa bergen ein unkalkulierbares Risiko in sich.

Die Stillegung der Atomanlagen darf nicht dazu führen, daß andere umweltschädliche Stromerzeugungsarten vermehrt eingesetzt werden. Mit dem Ende der Atomenergie muß der Startschuß für eine echte ökologische Energiewende fallen. Dies läßt sich nur gegen die Energiekonzerne und die bestehenden wirtschaftlichen Strukturen durchsetzen. Denn die Stromversorger wie die HEW und die PreussenElektra benutzen das Energiewendevokabular nur dazu, sich ein ökologisch sauberes Image zu schaffen, während weiterhin an umweltzerstörenden Großprojekten festgehalten wird (z.B. Wasserkraftstrom aus Norwegen und Kanada). Eine dezentrale, demokratisch kontrollierte und umweltverträgliche Versorgung mit regenerativen Energien ist nur gegen HEW und PreussenElektra durchsetzbar, nicht aber mit ihnen.

sofortige Stillegung aller Atomanlagen!
Energiewende jetzt!

10 Jahre Tschernobyl - norddeutsches Aktionsbündnis - Atomausstieg sofort
c/o JUMP, Gaußstr. 17, 22765 Hamburg, Tel. 040/3908498, Fax 392073

Sonnabend, 27. April '96
Norddeutsche Demonstration am AKW Krümmel
Auftakt-Kundgebung: 11.30 Uhr Geesthacht (Post)



Tschernobyl ist überall

Für den 27. April 1996 rufen wir auf zu einer bundesweiten, gemeinsamen Aktion

Demonstration an 5 Orten

Aus den fast 30 Atomanlagen der BRD haben wir für unsere Demonstration fünf ausgewählt. Durch ihre Geschichte sind sie zu Symbolen geworden:

Pannenreaktor in Biblis
Anderthalb Jahre nach dem SuperGAU von Tschernobyl hatten wir den Beinahe-GAU vor unserer Haustür. Durch ein klemmendes Ventil drohte im AKW Biblis A der Ausfall der Reaktorkühlung. Das Rhein-Main-Gebiet stand am Rand der Katastrophe. Eine endlose Folge von fast 600 weiteren Störfällen und ständig neu auftretenden Rissen zeigt, daß AKWs technisch nicht beherrschbar sind.

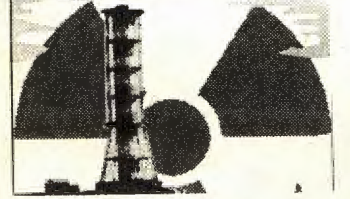
Leukämiereaktor in Krümmel
Im Umkreis des Atomkraftwerks Krümmel sind in den vergangenen Jahren auffallend häufig Erkrankungen an Leukämie bekannt geworden. Die Betreiber sind den Nachweis schuldig geblieben, daß Krankheit und Tod nicht durch Niedrigstrahlung und den sogenannten Normalbetrieb verursacht werden.

Bombenstoff für Garching - Demo in München
Vor den Toren Münchens soll ein Forschungsreaktor gebaut werden, für dessen Betrieb hoch angereichertes, waffenfähiges Uran 235 vorgesehen ist - Mitantragsteller und Generalunternehmer bei diesem ersten Reaktorneubau nach Tschernobyl in der BRD ist der deutsche AKW-Baumonopolist Siemens.

CASTOR-Halle in Ahaus
Was wird aus dem Atommüll? Diese Frage ist nicht gelöst und sie ist auch nicht lösbar. Um von dieser Tatsache abzulenken, werden Atommüllberge in Scheinlösungen gepackt. Unsichere Leichtbauhallen wie im Zwischenlager Ahaus werden zum oberirdischen Dauerlager für heiße CASTOR-Behälter.

Wilde Kippe Osten - Demo in Magdeburg
Das Atomprogramm löst eine Lawine der atomaren Verseuchung aus, die beim Uranabbau beginnt und im "End"lager nicht endet! Der Einigungs-Vertrag mit der ehemaligen DDR war zur Entledigung hiervon für die Bundesregierung ein Schnäppchen: vieles, was andernorts schwer durchsetzbar ist, landet nun in den neuen Ländern. Magdeburg ist durch seine Nähe zum Atommüllager Morsleben ein Haupt-Umschlagplatz in diesem Atommüll-Tourismus.

Castor-Alarm hoch zwei wahrscheinlich im Mai



Fast ein Jahr ist es schon her, daß in Gorleben der erste Castor ins Zwischenlager gebracht wurde; verbunden mit dem größten Polizeieinsatz, den das Land Niedersachsen je gesehen hat. Dies war nötig aufgrund des
dauerhaften und entschiedenen Widerstandes von mehreren tausend AtomkraftgegnerInnen gegen diesen Transport. Die jahrelange Kampagne der Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg "Tag X - Wir stellen uns quer" und das Konzept "Den Castor stoppen bevor er losfährt" hatten die Einlagerung eines Castor-Behälters ins Zwischenlager Gorleben über zehn Jahre verhindert und zu einem Wiedererstarken der Anti-AKW-Bewegung maßgeblich beigetragen.
Seitdem sollten nach dem Willen von Reaktorministerin Merkel bereits drei weitere Transporte mit hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung in La Hague und mindestens ein Castor aus dem Inland in Gorleben eintreffen. Und das alles noch im vergangenen Jahr. Nichts davon konnte umgesetzt werden, auch ein Erfolg des Widerstandes.
Jetzt werden die Planungen der Atomindustrie aber wieder konkreter, rechtzeitig zum 10. Tschernobyljahrestag sollen die nächsten Transporte rollen.
Dabei geht es um einen Transport mit Müll aus der Wideraufarbeitung aus La Hague/Frankreich und einen weiteren mit abgebrannten Brennelementen aus dem AKW Gundremmingen in Bayern. Der letztere sollte bereits am 18. März beladen werden, mit einem Transport wird aber erst nach den Osterferien in Niedersachsen (1.4 - 12.4) gerechnet. Der Castor aus Frankreich soll dagegen etwa in der 2. Maiwoche (6. - 12.5.) kommen. Einiges spricht dafür, daß beide Transporte zeitlich sehr nah aneinander durchgeführt werden und zwar mit Abfahrtsterminen am 6. Mai.
Auch diese Transporte sollen natürlich verhindert werden, und dazu heißt es erneut "Den Castor stoppen bevor er losfährt - Tag X 2 - Jetzt erst recht".
Hierzu fand am 14. März bereits eine Info-Veranstaltung mit einem Menschen aus dem Wendland-Widerstand statt. Über 100 Menschen waren dort um sich über den Stand der Dinge im Wendland zu informieren. Für uns HamburgerInnen ist es nötig, daß wir versuchen uns zu koordinieren: wann wollen wir wie ins Wendland fahren, wie ist der aktuelle Informationsstand zu den Transporten, können wir etwas gemeinsam machen?

Um all das abzuklären laden unterschiedliche Hamburger Anti-AKW-Gruppen ein:
Info-und Koordinations-Veranstaltung zum Tag X 2

Den Castor stoppen bevor er losfährt

Di, 23.4.1996, 19:00, Stadtteiletage, Bartelsstraße 12, Hinterhof

Termine für Aktionen im Vorfeld stehen bereits fest:

Tag X 2 minus wird wieder am Wochenende vor dem Transporttermin sein, voraussichtlich beginnend am 3. Mai.
Diesmal geht es bereits am Freitag abend mit Aktionen in Lüneburg und Uelzen los. Am Samstag ist wieder um 5 vor 12 Kundgebung auf dem Dannenberger Marktplatz mit anschließenden Aktionen.

Drei Wochen davor, am 14. April, findet "Ausrangiert 2", die friedliche Demontage des Schienenstücks am Castor-Kran mit einfachen handwerklichen Mitteln, statt.
Dieser Termin ist fest, auch wenn der Castor-Transport-Termin verschoben werden sollte.

Zwei Wochen vorm Transport, also voraussichtlich am 20. oder 21. April, ist dann der "Tag B", an dem die maroden Brücken an der sonst praktisch stillgelegten Castor-Strecke Uelzen–Dannenberg Ort des Widerstands sein sollen.

Ein fester Termin ist auch der "Frühjahrsputz" am Ostersamstag, dem 6. April, an dem Aktionen gegen den Castor im ganzen Wendland stattfinden sollen. Näheres hierzu erfragt Ihr am besten nochmal beim ***Anti-Atom-Büro, Tel. 3909222,*** oder im Wendland, da die Art der Aktion noch etwas unklar ist.

Wir hoffen also auf reges Erscheinen bei der Info- und Koordinations-Veranstaltung und natürlich zu den Aktionen im Wendland. Vielleicht läßt sich ja auch in Hamburg noch was auf die Beine stellen.



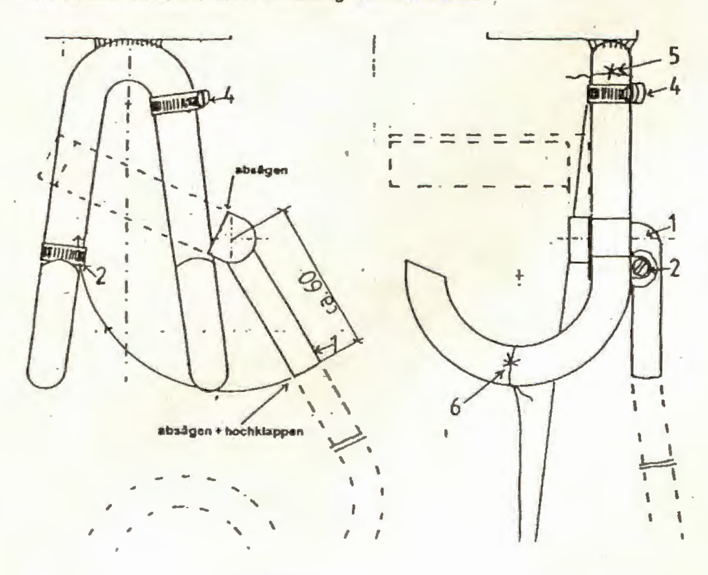
VON HAUS ZU HAUS - ATOMMÜLLZÜGE VORAUS

aus: "55 Milionen plus X - wir stellen uns weiter quer", Broschüre zum Widerstand gegen Castor-Transporte

Der kleine Zugbegleiter Teil 1

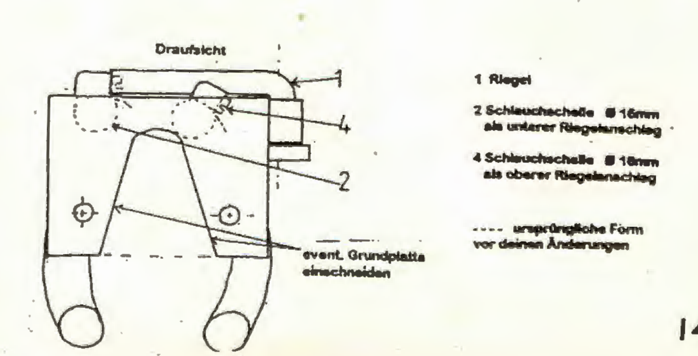
Da die Bahn auch weiterhin nicht vom Transport des Atommulls lassen will, wollen auch wir weiterhin den Bahnbetrieb stören, um den Preis für solche Transporte in die Hohe zu treiben. Die Bauanleitung für den Oberleitungshaken kennt ihr wahrscheinlich. Hier noch ein Tip für Leute, die keine professionellen SchlosserInnen sind:
Es gibt im Fahrrad-Zubehör-Handel eine Deckenaufhangung für Fahrräder, die mit geringem Aufwand in einen sehr wirksamen Haken umgebaut werden kann. Das Teil könnt ihr über einen Fahrradladen beziehen oder direkt beim Hersteller kaufen (nicht zuschicken lassen!). Preis ca. 50,- DM.

Bauanleitung
Hebel 1 ca. 60 mm von der Drehachse absägen oder -kneifen und Teil 3 direkt neben der Drehachse.
Den Rest von Hebel 1 nach oben drehen und zwei Schlauchschellen von 16 mm Durchmesser (für 0,5 Zoll Schlauch) als Anschläge an die Haken schrauben.
Hebel 1 liegt besser auf Schelle 2 auf, wenn du die beiden Haken in einem starken Schraubstock oder mit einem schweren Hammer etwas zusammenbiegst.
die Schelle 4 muß etwas mit der Schraube seitlich verdreht werden, so daß Hebel 1 weit genug zur Seite klappen kann, um die Oberleitung durchzulassen. Wenn dein Haken besonders wirksam über eine lange Strecke mitgleiten soll, kanst du noch, wie in der Draufsicht gezeigt, in die Grundplatte eine Aussparung sägen oder flexen, es geht aber auch so.
Benutze Beilagen im Schraubstock und unter dem Hammer!
Arbeite mit Handschuhen! Wirf alles, was du absägst, Sägespäne, Sägeblatt, Flexscheibe, Beilagen und diese Anleitung zuverlässig weg!
Anschläge auf die Bahn werden als schwerer Eingriff in den Schienenverkehr verfolgt und, wie die jüngsten Aktionen gezeigt haben, ist auch schnell eine Vereinigung konstruiert, um die Schwere der Tat zu steigern. Also muß sehr viel Sorgfalt auf die Vermeidung von Spuren und Indizien beim Umbau und bei der Anwendung verwendet werden.



Gebrauchsanweisung

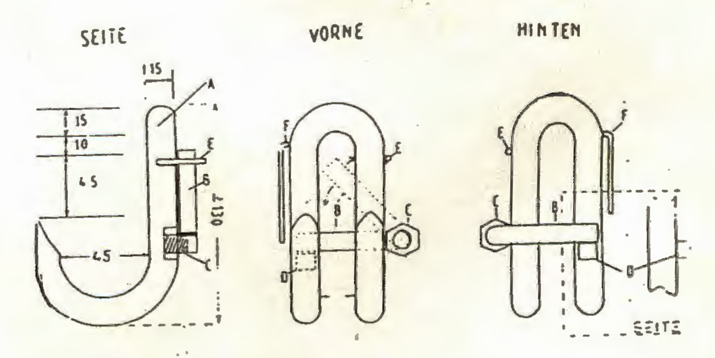
Per Wurf von Gleisniveau aus: Knote eine starke Angelschnur (mind. 0,6 mm zum Hochseeangeln) an rechten Heken (Vorderansicht) fest, wirf den Haken von in Fahrtrichtung rechts, zwischen Fahrdraht und Haltedrähten durch und zieh ihn dann so am Seil über den Fahrdraht, daß er "rittlings" auf diesem sitzt, mit dem Haken zur hoffentlich kommenden Lok.
Am besten knotest du so: Bei * 5 die Schnur festknoten und an die Hauptschnur ein Stückchen Schnur als Abzweig knoten und am Haken bei * 6 festmachen, so daß die Abzweigschnur etwas locker ist. Am Knoten * 5 wird der Haken so hoch über die Oberleitung gezogen, bis es rumklappt, der Abzweig * 6 halt den Haken nur locker aufrecht. Probiers auf jeden Fall zuhause in Ruhe aus!
Von der Brucke oder Tunneleingang: Knote Angelschnur in eins der Befestigungslöcher und laß den kleinen Begleiter von oben auf den Fahrdraht runter. Du mußt etwas pendeln und warten, bis sich der Haken gerade richtig rum dreht.
!!! SICHERHEIT !!! Nimm nur Angelschnur, keine eventuell feuchten Bindfäden. Die Oberleitung führt 16000 Volt Spannung !



Teil 2

Einleitung, Ziel
Da die Bahn an Antomtransporten beteiligt ist, wollen wir den Bahnbetrieb stören, um den Stop der Atomtransporte Nachdruck zu verleihen. Wie immer ohne Menschenleben zu gefährden und mit wenig Aufwand und Risiko viel anrichten. Da die Hauptstrecken elektrifiziert sind, haben wir etwas entwickelt, um die Oberleitung so zu beschädigen, daß mindestens ein halber Tag zur Reparatur notwendig ist.

Technik
Den in den nachfolgenden Zeichungen dargestellte Haken haben wir an der Oberleitung eingehängt. Die nächste E-Lok greift mit dem Stromabnehmer in den Haken und zieht ihn mit. Dabei reißen die Aufhängungen der Oberleitung ab, bis der Zug zum Stehen kommt oder die Oberleitung reißt. In der Regel sind einige hindert Meter Fahrdraht damit beschädigt. Meist ist durch die Wucht des Aufpralls auch der Stromabnehmer an der Lok verbogen.
Dadurch, daß mensch die Kraft der Lok in Anspruch nimmt, gefährdet mensch sich nicht durch herabhängende Hochspannungsleitungen. Und mensch kann schon über alle Berge sein, ehe der eigentlich Schaden entsteht.
Der Haken (A) ist aus 15 mm Ruodstahl geformt und somit in der Lage, ziemliche Kräfte zu übertragen, ohne sich zu verformen. Ein Verschlußbügel (B) rastet beim Einhängen ein und verhindert, daß der Haken durch den Schlag des Aufpralls von der Oberleitung geschleudert wird. (Versuche haben gezeigt, daß dies sonst leicht passiert) Der Verschlußbügel ist an (C) leicht drehbar gelagert. Wir haben dazu eine Mutter mit passender Schraube verwendet und nach dem Schweißen geolt. Der Verschlußbügel wird nach dem Aufprall gegen den Haken und gegen den Anschlag (D) gedrückt, ein zu weites Öffnen beim Einhängen verhindert der Stift (E), so daß er von alleine zufällt. Der Haken hat an einer Seite einen parallelen Stift (F) angeschweißt. Er ist nützlich für eine leichte Handhabung beim Einhängen.



Wie kommt der Haken auf die Oberleitung?
Das einfachste ist, von einer Brücke oder oberhalb einer Tunneleinfahrt herab mit einer Nylon-Schnur, z.B. einer kräftigen Angelschnur (isoliert gut) mit einem Haken am Ende, den mensch an (F) einhängt. Mensch braucht dann nur ein kleines Hilfsmittel, ist aber von den möglichen Einsatzorten stark eingeschrankt (Brücken sind Engpässe im Verkehrsnetz und oft auch nachts frequentiert).
Eine andere gut bewährte Methode ist, vom Gleis aus mit Plastikrohren (sollen gut isolieren). Mensch nimmt dazu fünf 1 m lange HT-Abflußrohre 500 (gibt's im Baumarkt). Die kann mensch im Kofferraum transportieren und gebündelt durch die Gegend tragen. Am einsatzort hängt mensch oben den Haken mit (F) ein und steckt dann alle nacheinander zusammen. Wird mensch an einer vielbefahrenen Strecke durch einen herannahenden Zug überrascht, kann mensch die Stange an den Strommast lehnen und sich solange verkrümeln. Durch die Länge von (F) hangt der Haken sicher, so daß ein Herunterfallen ausgeschlossen werden kann. Vorteilhaft ist dabei, daß mensch praktisch überall tatig werden kann. Nachteilig ist, daß mensch diese fünf Rohre herumzutragen hat und dabei nicht gesehen werden möchte.

Vermittlung
Damit die Storung nicht als zufällige Panne begriffen wird, müssen zusätzliche Hinweise gegeben werden: z.B. gut geklebte Plakate, anonyme Schreiben an die Presse. Trotz dieser begleitenden Aktivitaten werden z.Z. die Hintergründe und Ursachen von Verkehrsstorungen durch solche Anschläge beharrlich totgeschwiegen.

Sicherheit
Ein Entgleisen des Zuges ist durch diese Aktion nicht möglich, denn dazu sind die einwirkenden Kräfte nicht stark genug. Die Sicherheit des Lokführers ist dadurch gewährleistet, daß der Haken erst hinter ihm am Stromabnehmer einhakt. Alles evtl. Gefährliche passiert hinter dem Lokführer.
Passagiere sind von herabhängenden Leitungen und Elektrizität durch die Waggons geschützt; diese leiten Elektrizität durch ihre Metallkonstruktion zu den Gleisen ab. Lichtblitze ereignen sich oberhalb und sind nur in der Reflexion zu sehen.
Er eigene Schutz ist wichtig: Die Oberleitung führt ca. 16000 Volt. Zum Einhängen sind daher nur elektrisch gut isolierende Materialien zu verwenden. Bei starkem Regen, wenn Rinnsale am HT-Rohr hinunterfließen würden, darf nicht gearbeitet werden. meist sind starke Schauer nur vorübergehend. Bei Nebel und leichtem Nieselregen kann mensch wie folgt arbeiten: Mensch klemmt einen ca. 3m langen Draht (2 x 0,75 reicht dafür, beide Enden 2 - 3 cm abisoliert) mit einer Metallschelle an das unterste Rohr oberhalb der Stelle, an der mensch anfaßt. Das andere Ende klemmt mensch mit einer kleinen Schraubzwinge an der Außenseite der Schiene (damit ein überraschend kommender Zug nicht den Draht kaputtfährt) an eine Befestigungsmutter Damit werden evtl. durch die Feuchtigkeit auftretende Kriechströme über den Draht abgeleitet und können nicht pber den Körper fließen.
Da Anschläge auf die Bahn als schwerwiegend bewertet werden, muß vile Sorgfalt auf die Vermeidung von Indizien und Spuren bei der Herstellung und Anwendung verwendet werden

Kein Frieden in Mexiko

Bericht einer Internationalistin aus Chiapas, 17.03.1996

Liebe Companeras und Companeros in Europa!

Kaum hat man die Grenze zum Bundesland Chiapas überschritten, da spottet es einer/einem in frischer Farbe von (fast) jeder Hauswand entgegen: "1996 - Jahr des Friedens und der Versöhnung in Chiapas". Darüber eine stilisierte Taube und die Farben der Nationalflagge - und gleichzeitig der Staatspartei PRI. Jene ist eifrig bemüht, die Welt glauben zu machen, in Chiapas sei wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt. Betrachtet man die bundesdeutsche Presse, so gelingt ihr das auch weitgehend: Von "Friedensvertrag" wird berichtet und von weitgehenden "Autonomie - Zugeständnissen" an die Indígenas.

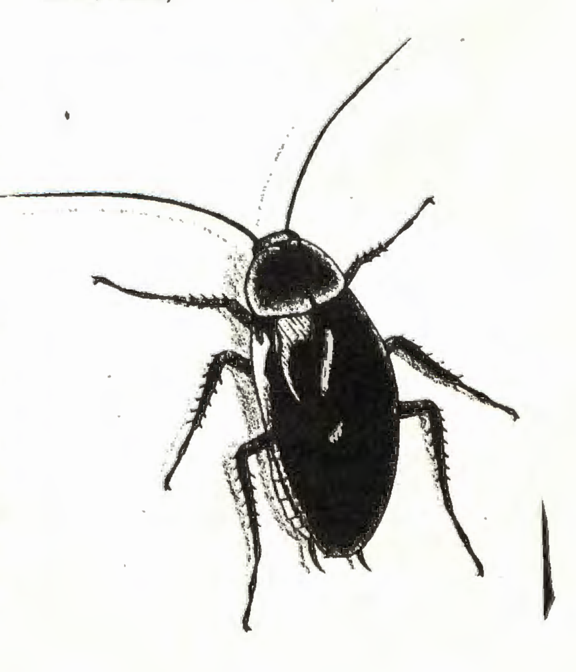
Doch die Realität in den Bergen des mexikanischen Südostens bleibt weiterhin: ein Krieg niedriger Intensität gegen die Bevölkerung, der von Monat zu Monat an Fläche und Intensität, an Hinterhältigkeit und Gemeinheit zunimmt.
Bereits wenige Kilometer außerhalb der Touristenstadt San Cristóbal de Las Casas entpuppt sich dieser vielzitierte Friede als hohle Phrase: Das Militär hat seine Präsenz im Vergleich zu 1995 noch verstärkt, auf den Landstraßen bewegen sich Kolonnen von Transportern und - gepanzerten Fahrzeugen, die Maschinenpistolen demonstrativ in Stellung gebracht. In den größeren Orten patrouillieren schwer bewaffnete Soldaten durch die Straßen.

Weiter verschlechtert hat sich auch die Lag im Norden von Chiapas, in den Municipios Tila, Sabanilla, Salto de Agua und Tumbal , wo bewaffnete PRIisten und Weiße Garden die Dörfer terrorisieren.
Aus insgesamt 11 Dörfern sind bereits oppositionelle Campesinos geflohen (insgesamt 150 Personen). Sie leben jetzt z.T. seit Monaten ohne ausreichend Nahrung, Kleidung, Behausung etc. in anderen Dörfern. Unterdessen plündern und zerstören ihre regierungstreuen ehemaligen Nachbarn ihr gesamtes (weniges) Hab und Gut. Doch gilt es mittlerweile, das nackte Leben zu retten, denn die Weißen Garden haben bereits mehrere Campesinos erschossen oder zu Tode geprügelt.
Die Menschen sind verzweifelt und die Stimmen nach bewaffneter Gegenwehr werden immer lauter. Inzwischen prangert auch die EZLN die Übergriffe öffentlich an (nachdem sie lange geschwiegen hat).
Natürlich erhalten die PRIisten Rückendeckung von der Regierung. Haftbefehle gegen die Anführer der Weißen Garden werden nicht vollstreckt, oppositionelle Campesinos willkürlich verhaftet und eingesperrt.
Am 8. Dezember stellte die Regierung den Vertriebenen im Municipio Tila eine Falle: Die Flüchtlinge, das Menschenrechtszentrum San Cristóbal und Bischof Samuel Ruíz erhielten eine Einladung des "Subsecretario General" der Regierung von Chiapas zu einer Versammlung im Dorf Miguel Alemán, um die Probleme im Municipio zu "besprechen". Dort erwarteten sie 300 bewaffnete PRIisten, von Vertretern der Regierung keine Spur. Stattdessen wurden 7 Campesinos auf dem Weg zu dem Treffen von der "Polizei der öffentlichen Sicherheit" beschossen, festgenommen und per Hubschrauber in die Landeshauptstadt Tuxtla Gutiérrez geflogen. Hier wurden sie ohne Dolmetscher (!) verhört (obwohl sie zum Teil kein Spanisch sprechen), und mehrere Tage gefangen gehalten. Auf Druck des Menschenrechtszentrums der Diözese San Cristóbal kamen sie gegen Kaution schließlich frei. Ein Prozeß gegen sie wegen des Vorwurfs des "bewaffneten Überfalls auf die Polizei der öffentlichen Sicherheit" steht aber noch aus.

Dies ist nur ein Fall von vielen in der langen Liste der weiter zunehmenden staatlichen Repression gegen jeglichen organisierten Widerstand in Chiapas, sei er bewaffnet oder zivil. Trotzdem erreicht die Regierung ihr Ziel, die dauernde Einschüchterung der Bevölkerung, nur selten. Dem Aufruf der EZLN zur Bildung einer "Frente Zapatista de Liberación Nacional" (Zapatistische Front der nationalen Befreiung) ist die Zivilgesellschaft bereits an vielen Orten gefolgt. In Tila fand am 2.3.96 (per Lautsprecherwagen angekündigt!) die Gründungsversammlung der örtlichen FZLN statt, mit ca. 200 TeilnehmerInnen.
Der Kampf für Land und Freiheit geht weiter, denn ein Frieden, der Gerechtigkeit und Würde für alle bedeutet, ist in Chiapas nicht in Sicht. Die EZLN bekräftigt ihre Bereitschaft, diesen Frieden auf dem Weg des Dialogs zu suchen. Die "schlechte Regierung" führt unterdessen ihren Krieg gegen die indigene Bevölkerung fort. Ihre Soldaten und Helfershelfer stehlen, vergewaltigen, mißhandeln, morden und zerstören die indigenen Gemeinschaften.

Auch ausländische BeobachterInnen bekommen die verstärkte Repression zu spüren: Die Behörde für Migration hat ihre Posten überall, auf der Suche nach solidarischen AusländerInnen. Mehrere TeilnehmerInnen der Friedenscamps im Lacandonischen Urwald sind bereits ausgewiesen worden, z.T. nach stundenlangen Verhören bis hin zur Androhung, daß man bei "Nicht-Kooperation noch ganz andere Mittel anwenden könne." Die Visa-Situation gestaltet sich dadurch sehr schwierig: Wer mit einem Touristenvisum in eine Kontrolle der Migrationsbehörde auf der Straße in den Urwald gerät, bekommt sein Visum entzogen und muß sich innerhalb von 48 Stunden in San Cristóbal melden, um seine/ihre "touristischen Aktivitäten" zu erläutern (oben genannten Verhöre).
Nichtsdestotrotz ist die Präsenz von AusländerInnen hier notwendiger denn je und die Zapatistas rufen weiterhin dazu auf, nach Chiapas zu kommen!

"Wieder beweist die Regierung durch ihre Taten, daß ihre Worte falsch sind. Wir wiederholen es, damit alle verstehen, besonders jene, die jetzt an der Macht sind, daß der Krieg gegen das Volk nicht der Friede ist, den wir suchen. Der Frieden den wir wollen ist derselbe, den unsere Brüder und Schwestern in den Gemeinden und in Zivilgesellschaft verlangen: Einen gerechten, würdigen und wahren Frieden." (Delegation der EZLN in San Andres Sacam' Chen de los Pobres, 7.3.96)



1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30.Mai -2.Juni 1996 in Berlin



"Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute. "
(Subcomandante Marcos)

Im Januar 96 gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus von 27.7.-3.8.96 in Chiapas bekannt. Dieser wird unter weltweiter Beteiligung in den zapatistischen Gebieten stattfinden. Zur Vorbereitung schlug die EZLN kontinentale Treffen - auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus in unseren jeweiligen Ländern diskutiert werden soll - in Amerika (La Realidad) Afrika (Ort ungewiß), Ozeanien (Sidney), Asien (Tokio) und Europa (Berlin) vor.

Wie alles anfing:

Am 1. Januar 94 wurde Mexiko in die gemeinsame Freihandelszone mit den USA und Kanada, mit 370 Mio. VerbraucherInnen der größte zwischenstaatliche Binnenmarkt der Welt, integriert. Als ebenfalls am 1.Januar 94 indianische Aufständische im südöstlichen Bundesstaat Chiapas mehrere Städte besetzten und der mexikanischen Regierung den Krieg erklärten, ahnte noch niemand die Erschütterungen, die diese Rebellion auslösen würde.

Zwei Jahre später hat sich die Situation in Mexiko grundlegend verändert. Während die seit Dezember 94 von Präsident Zedillo geführte Regierung aufgrund wirtschaftlicher Rezession und interner Machtkämpfe in eine ernsthafte Krise geraten ist, hat die EZLN an politischem Einfluß gewonnen. Militärisch unterlegen und in den Lacandonischen Urwald zurückgedrängt, haben die Zapatistas einen gesellschaftlichen Wandel eingeleitet, der die über 60 Jahre alte Herrschaft der Staatspartei PRI ins Wanken bringt.

Der Aufstand der EZLN zielt nicht auf eine militärische Machtübernahme, sondern auf die Zerstörung der Machtzentren. Vielmehr stellen die Zapatistas ein politisches Gewissen dar, das auf der Suche nach einer neuen politischen Kultur ist. In der jetzigen Situation gehen von der EZLN Impulse zum Aufbau einer breiten und zivilen Oppositionsbewegung gegen die Einparteien-Diktatur aus. Das verbindende Element dieses neuen Bündnisses besteht in der gemeinsamen Ablehnung des auf alle Lebensbereiche wirkenden Neoliberalen Modernisierungsprogramms der Herrschenden, das die bestehende Ungleichheit - nach Angaben der UNO leben 40 Mio. MexikanerInnen in Armut - zementiert und verschärft.

Was geht uns das eigentlich an?

Das YA BASTA! der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen das weltweite Neoliberale Projekt, dessen Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, jedoch einer Grundidee folgen: Menschen dienen ausschließlich Verwertungsinteressen einiger weniger Konzerne - wer als Arbeitskraft oder KonsumentIn nicht in den Vermarktungsprozeß integriert werden kann, wird ausgegrenzt. Ob in der Europäischen Union (EU) oder der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), die neoliberalen Programme hinterlassen weltweit - wenn auch unterschiedlich brutal - schmerzhaft Spuren: durch Privatisierungen, Rationalisierungen, steigende Lebenshaltungskosten, Lohnsenkungen, Sozialabbau und Einschränkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich ... werden immer mehr Menschen - durch patriarchale Herrschaft insbesondere Frauen - an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Während transnationale Firmen "grenzenlos" agieren, wird die "Festung EU" hermetisch gegen Flüchtlinge abgeschottet.

Die Aufforderung der Zapatistas an alle Kontinente, sich über neue Möglichkeiten emanzipatorischer Politik zu verständigen, sehen wir als Chance an, internationale Solidarität mit der Suche nach neuen Perspektiven hier bei uns zu verbinden. Das 1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus ist nicht nur als Unterstützungsveranstaltung für die EZLN in Mexiko gedacht. Vielmehr soll auf dem Forum eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik geleistet, Erfahrungen über unsere jeweiligen Widerstandsformen ausgetauscht und sich über koordinierte politische Aktionen gegen die Neue Weltordnung verständigt werden.

Und so geht es weiter:

Die inhaltliche Vorbereitung des ersten europäischen Treffens soll von den verschiedensten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen verantwortlich getragen werden. Dabei sollen die verschiedenen Themen unter den drei Aspekten Analyse, Widerstandsformen und Perspektiven diskutiert werden.

Organisatorisch ist es folgendermaßen gedacht:
Eine kurze Darstellung der eigenen politischen Arbeit und/oder ein konkreter Vorschlag zu einer Arbeitsgruppe auf dem Treffen wird zu einem Sammelpunkt in der Schweiz geschickt, da dieser fünfsprachig arbeiten kann (spanisch, französisch, italienisch, englisch und deutsch). Dort werden die Inhalte sortiert und Kontakt zwischen den Gruppen hergestellt, die zu einem gleichen Thema arbeiten, so daß ein Austausch und die inhaltliche Koordination der AGs schon im Vorfeld des Treffens möglich ist; z.B. eine Gruppe in Dänemark und eine in Spanien, die zu Migration arbeiten. Wichtig ist, daß die Teilnehmenden nicht nur politische Stellungnahmen konsumieren, sondern ihre eigenen Ideen für das Treffen vorbereiten und einbringen.

Die drei Aspekte Analyse, Widerstand und Perspektiven sollen wie ein roter Faden jede AG begleiten.
Selbstverständlich sind auch alle Frauen und Männer, die nicht politisch aktiv sind, herzlich zur Mitarbeit eingeladen.
Für Kinderbetreuung wird auch gesorgt.
Als Ergebnis des Treffens wünschen wir uns, daß sich aus den Arbeitsgruppen und Diskussionen heraus erste Ansätze einer dauerhaften europaweiten Vernetzung der derzeit noch vielfach isolierten Gruppen und Initiativen ergibt, und so eine Basis für die weitere Zusammenarbeit in den Ländern Europas geschaffen wird.
Der Funke hat gezündet! Wir haben ihn aufgenommen. Lassen wir ihn nicht verlöschen! YA BASTA!

Solidaridad Directa und Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Tel.6946101 (Mo 20 Uhr)
Fax 6926590

Sammelpunkt der Themen:
Solidaridad Directa
Postfach 8616
CH-8036 Schweiz
Fax 00-41-1-2719012

Wir benötigen dringend Spenden für das 1. Europäische Treffen:
Mexiko-Gruppe, B. Mulfinger, Berliner Volksbank, Kto.12017200, BLZ 10090000

Was hat der Kampf der Zapatistas in Chiapas mit Wiglaf Droste zu tun?

Vom internationalen Kongress zurück zur Realität der bundesdeutschen Linken

Die Zeitung "Land und Freiheit", Sonderblätter der Zeitschrift Die Aktion zur Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas, ist inzwischen weit bekannt. Sie wird herausgegeben von der Edition Nautilus in Hamburg.
Die Edition Nautilus ist gleichzeitig Verleger einiger Publikationen von Wiglaf Droste.
Droste ist wiederholt mit sexistischen Äußerungen und Angriffen gegen Frauen, die zu sexueller Gewalt gegen Kinder arbeiten, an die Öffentlichkeit getreten. Er reiht sich ein in die Kampagne des "Mißbrauchs mit dem Mißbrauch". In der Erzählung "Der Schokoladenonkel bei der Arbeit" (erschienen in "Sieger sehen anders aus", Edition Nautilus 1994) entwirft Droste das Szenario einer Emma-Mitarbeiterin, die ihr Kind in den Park schickt, um Männern sexuelle Gewalt gegen Kinder vorwerfen zu können. Durch seinen Ruf als vermeintlich linker Autor trägt Droste einen Umgang mit dem Thema der sexualisierten Gewalt gegen Mädchen und Jungen in eine "linke Szene", der im direkten Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Rollback und zunehmend sexistisch-patriarchalen Verhältnissen steht. Droste verharmlost das Ausmaß sexueller Gewalt gegen Kinder. Er betreibt Stimmungsmache und Hetze gegen Feministinnen, die für die Enttabuisierung sexueller Gewalt eintreten.

Drostes Verhalten ist Täterschutz!
Die Kampagne des "Mißbrauchs mit dem Mißbrauch" führt zu einem Klima, in dem Opfern sexueller Gewalt wiederum verstärkt nicht geglaubt und ihre Aussagen angezweifelt werden.



Zu Ausmaß und Dimension sexueller Gewalt gegen Kinder ist viel geschrieben worden (vgl. zuletzt Interim Nr. 368 vom 21.03.96). Ebenso zu Droste und der reaktionären Allianz der Kampagne des "Mißbrauchs mit dem Mißbrauch" (vgl. "Kein Auftritt von Wiglaf Droste...", Autonome Zusammenhänge Hamburg, Interim Nr. 361 vom 01.02.96). Wer sich also genauer informieren will, kann dies tun. Außerdem erstellen wir zur Zeit gemeinsam mit anderen einen Reader zu Droste und der Kampagne "Mißbrauch mit dem Mißbrauch".

Sexistisches patriarchales Verhalten ist kein Nebenwiderspruch!

Einerseits die Publikationen Drostes zu verlegen und andererseits in "Land und Freiheit" die emanzipativen Bestrebungen der Zapatistas und darin auch der indigenen Frauen darzustellen, ist für uns ein nicht hinnehmbarer Widerspruch.

Wir haben die VertreterInnen der "Land und Freiheit", zum großen Teil identisch mit den BetreiberInnen der Edition Nautilus, mit diesem Widerspruch konfrontiert. Erst im Einzelgespräch, dann öffentlich im Rahmen des Aktionsbündnisses Chiapas in Hamburg, in dem mehrere Gruppen und Einzelpersonen mitarbeiten.

Die VertreterInnen der "Land und Freiheit" sowie jeweils Einzelpersonen der "Wildcat" und der FAU Hamburg haben sich in einer Weise (nicht) verhalten, die zur Spaltung des Bündnisses führte. Die Gruppe "Land und Freiheit" war nicht bereit, sich mit der Kritik auseinanderzusetzen und erklärte das Bündnis schließlich für gescheitert.
"Land und Freiheit" äußerte sich zu der Kritik wie folgt:
- es ginge um die Freiheit des Verlegers und um die freie Meinungsäußerung des Autors Droste (kein Kommentar)
- es handle sich um Satire, wir hätten die Texte nicht gelesen bzw. nicht verstanden.
Dazu sagen wir: Satire ist nie wertneutral. Satire kann emanzipatorischen Charakter haben, wenn sie Kritik an herrschenden Verhältnissen übt, also von unten nach oben gerichtet ist. Droste hingegen polemisiert gegen die Opfer existierender Gewaltverhältnisse.
- Droste habe sich ja nur auf Katharina Rutschky bezogen und die habe den Mißbrauch mit dem Mißbrauch schließlich wissenschaftlich nachgewiesen.
Auch Wissenschaft ist nie wertneutral. Rutschky betreibt Pseudo-Wiisenschaft zugunsten patriarchaler Kräfte (zu ihrer Rolle sei das Nachlesen der o.g. Texte empfohlen).
- Droste meine das nicht so, er sei kein Sexist, frau und mann kenne ihn privat, da sei er ganz anders.
Wir haben dazu die Forderung aufgestellt, daß Droste das dann mal öffentlich klarstellen soll und die VertreterInnen der "Land und Freiheit" dies ihrem Bekannten nahelegen. Vergeblich!
- es lasse sich eben auch nicht alles ausdiskutieren, dies sei auch nicht notwendig in einem Bündnis. Wenn wir auf unserem Standpunkt beharren würden, seien wir nicht bündnisfähig.

Kein Bündnis mit TäterschützerInnen!

Unsere Forderung war und ist, daß "Land und Freiheit"/Edition Nautilus sich öffentlich von Droste distanziert und seine Publikationen nicht mehr verlegt.
Solange dies nicht geschieht, lehnen wir jede Zusammenarbeit mit "Land und Freiheit" ab.
Dies gilt auch für das 1. Europäische Treffen vom 30.05. - 02.06.96 in Berlin und die entsprechenden Vorbereitungstreffen.
Wir sollten "Land und Freiheit" an den eigenen Äußerungen messen, die uns im Zusammenhang mit ihrem Verhalten zu Droste schon als dreiste Zumutung und Verarschung vorkommen.
Aus: "Redaktion Land und Freiheit: Im Jahr III des Zapatistischen Aufstands, Bilanz und Perspektiven ("Land und Freiheit" Nr. 20, 18.02.96):
"Erkennbar wurden Elemente einer neuen revolutionären Praxis, die für alle emanzipatorischen Tendenzen exemplarischen Charakter haben. (...) die Zapatistas (...) verstärken darin aber im organisierten Kampf Kräfte und Tendenzen, die reaktionär-patriarchalischen Beschränktheiten der indigenen Gemeinden zu durchbrechen. Der Aufstand selber ist der Prozeß einer inneren Revolutionierung der traditionellen Lebensweisen und herrschaftlichen Verhältnisse". (S.2) "Wir sehen keinen Grund darin, die zapatistische Bewegung zu verherrlichen und die reale Rückständigkeit im Emanzipationsprozeß zu beschönigen. So macht ein zapatistisches Programm - wie das im Gesetz der Frauen - noch keine Befreiung von Herrschaftsverhältnissen aus; nur das praktische Verhalten zu den programmatischen Zielen ist das Kriterium der Bewertung." (S.5)

Der Text stammt tatsächlich von "Land und Freiheit"!

Sich herablassend über reaktionär-patriarchale Beschränktheiten bei den Zapatistas äußern, sich andererseits hinter Droste stellen und damit sexueller Gewalt gegen Kinder Vorschub leisten, daraus spricht schon eine unglaubliche Arroganz.

Nur das praktische Verhalten zu den programmatischen Zielen ist das Kriterium der Bewertung! So ist es!

In diesem Sinne ein Ya basta!

Autonome Chiapas-Gruppe Hamburg und einige Einzelpersonen (ein längeres ausführlicheres Papier folgt demnächst)

25.03.96

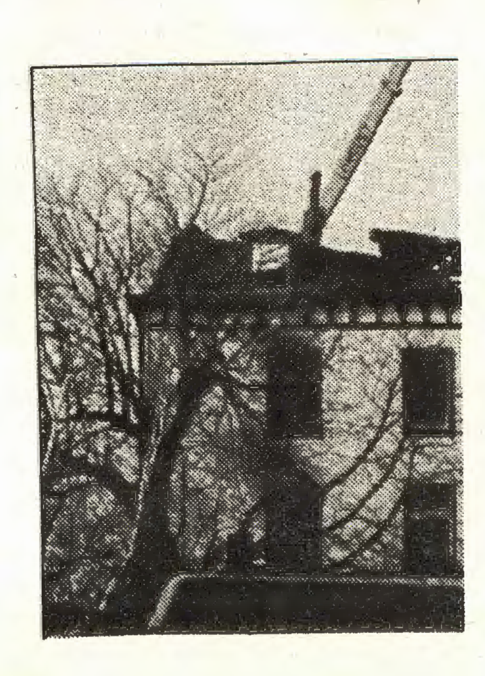
Wir werden voraussichtlich Mitte Mai eine Veranstaltung mit mexikanischen GenossInnen machen. In diesem Rahmen werden wir dann auch über den Stand der Vorbereitung zum 1. Europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30.05. - 02.06.96 in Berlin informieren.
Wir begegnen diesem Treffen mit einer gewissen Skepsis. Weniger, was die Intention der Zapatistas angeht. Die können mit dem interkontinentalen Treffen als Ausdruck internationaler Solidarität und medienwirksamer Propagandashow politisch nur gewinnen. Für die bundesdeutsche Soli-Szene halten wir ein solches Treffen für verfrüht und aufgesetzt. Die Soli-Szene hier stellt keine sozialrevolutionäre Bewegung mit gemeinsamen Inhalten dar. Dafür ist der Konflikt um "Land und Freiheit" ein Ausdruck.
Wir warnen daher vor hohen Erwartungen an das Treffen in Berlin. Es kann nicht mehr als ein Meinungsaustausch sein.

Der Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus/Patriarchat ist unteilbar!

Autonome Chiapas-Gruppe Hamburg
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Rassistische Ermittlungen Durchkreuzen!

Nachdem die Staatsanwaltschaft mit der Verkehrung von Opfern und Tätern am Beispiel Lübeck begonnen hat, bemühen sich die Überlebenden des Brandanschlags die Unschuld Safwan Eids zu beweisen, während der Ermittlungsapparat alles daran setzt, seine Beschuldigungen aufrecht zu halten.
Um das zusammengebrochene Konstrukt der Staatsanwaltschaft zu retten, hat der zuständige Untersuchungsrichter den Haftbefehl gegen Safwan Eid im Haftprüfungstermin vom 20. 3. 96 umgestellt:
- der Beschuldigte soll Benzin "im rechten Gang des 1. Stockes" ausgeschüttet und angesteckt haben; gesichert sei nicht mehr die unterstellte Brandstiftung vor der Tür von Gustave Sousou.
- Safwan Eid soll diesen Brand nicht alleine gelegt haben sondern "mit anderen"; diese anderen werden jedoch nicht näher benannt: die Ermittlungen werden erneut aufgemacht gegen alle BewohnerInnen des Hauses.
- sein /ihr Motiv für die Tat sei "ein Streit mit irgendjemand im Haus" gewesen; diese Person(en) werden auch nicht genannt, den Spekulationen in allen Richtungen wird erneut Raum gegeben.
- er /sie hätten nicht unbedingt mit Mordabsicht gehandelt, aber gewußt was sie tun und damit den Tod "billigend in Kauf" genommen. (Die Staatsanwalt-



schaft redet von "Eventualvorsatz") Damit findet die Linie rassistischer Ermittlungen, die unter den Opfern jetzt erneut die Täter sucht, ihre Fortsetzung. Fallengelassen bzw. keine Erwähnung mehr finden die ursprünglichen Motive, die Safwan Eid von der Staatsanwaltschaft unterstellt worden sind. Der ihm unterstellte "eifersüchtige Streit um eine Frau" zwischen ihm und Gustave Sousou und das angebliche Eingeständnis seiner Schuld, daß aus rechtswidrig aufgezeichneten Gesprächen zwischen Safwan und seinem Bruder Bilal konstruiert wurde, sind entfallen.

Das Brandgutachten des LKA, das den Beschuldigten belasten sollte, hat festgestellt, daß im 1. OG kein Brandbeschleuniger zur Brandlegung verwandt wurde. Auch die lückenlos untersuchte Kleidung Safwan Eids weist keine Spuren von Benzin oder anderen brennbaren Flüssigkeiten auf. Darüberhinaus widerlegt ein Gegengutachten (welches von der Fernsehsendung MONITOR in Auftrag gegeben wurde) die Version des LKA-Gutachtens. Danach ist der Brand im Erdgeschoß gelegt worden und hat sich über die Holzverbindung in das 1. OG hochgefressen.

Zwei Tage nach dem Brandanschlag, unmittelbar nachdem die am Tatort verhafteten Jugendlichen, die der Grevesmühlener Naziszene zugerechnet werden freigelassen wurden und eine Belohnung in Höhe von DM 50.000.- für die Ergreifung der wirklichen Täter ausgesetzt worden ist, gab ein Rettungssanitäter der Feuerwehr an, Safwan Eid habe ihm die Tat gestanden. Die verschiedenen Versionen, die der Sanitäter angibt, drehen sich um "Streit unter den Afrikanern", "Streit um eine Frau", jeweils mit verschiedenen Kampfszenen, die Safwan Eid ihm gegenüber beschrieben haben soll. Die Rede ist von dem Zerschlagen einer Flasche auf dem Kopf des vermeintlichen Gegners, Brandstiftung direkt vor der Tür des anderen ... Die Version, die im Widerspruch zu den anderen gelten soll, ist die, daß auf jeden Fall Safwan (eventuell auch seine Brüder) Streit mit dem Familienvater gehabt haben sollen. Dann hätte er (oder sie) Benzin an die Tür des Zimmers, in dem sein Vater, seine Mutter sowie seine 4 Geschwister schliefen, geschüttet und dieses entzündet.

An den wiedersprüchlichen Aussagen des Sanitäters und an dem Polizei-Alibi für die Verdächtigen aus Grevesmühlen wird die Spur rassistischer Ermittlungen am deutlichsten.

Die eigenen Recherschen der Staatsanwaltschaft reichen weder für einen dringenden noch überhaupt für einen Tatverdacht. Die Medien sind gefragt, ein Motiv herbeizureden. In ihrer Ausgabe vom 5. März rühmen sich die "Lübecker Nachrichten", daß sie ernstzunehmende "ethnisch-motivierte" Konflikte in dem Haus aufgespürt hätten. Differenzen "der Araber" mit "den Afrikanern" sei die Grundlage für Spannungen im Haus gewesen. Medienwirksam wird ein Bewohner gegen seinen Willen und ohne sein Wissen als Kronzeuge tödlicher Meinungsverschiedenheiten aufgebaut. Er habe Vertrauen in die Arbeit der Polizei und diese werde schon wissen, warum sie den Libanesen festgenommen habe. Diese Aussage macht in den Medien die Runde. Die Gegendarstellung, in der der betreffende Bewohner diese Aussage als frei erfundene Unterstellung zurückweist, findet hingegen kaum bis kein Gehör. In ihrer Ausgabe des 21. 3. greift die taz in ihrem überregionalen Teil den Unsinn der Regenbogenpresse wieder auf. Zusätzlich autorisiert sie einen Wust von rassistischen Angriffen auf Safwan Eid, seine Familie und alle übrigen BewohnerInnen des Hauses als Verlautbarungen "gut informierter Kreise", "aus Sicherheitskreisen". "Sie sollen Schwarzafrikaner als Sklaven bezeichnet haben", so die taz. Gerüchte über "Autoschiebereien, Dealer, Prostitution und Kinderpornographie" sind von den Ermittlern gestreut worden - in der taz werden sie als Inhalt anonymer Briefe verbreitet. Faschistische Propaganda wird mangels eigener Recherchen als Faktum kolportiert. Die Einheit der BewohnerInnen wird als "Mauern" gegen die Ermittlungsbehörden denunziert.

Der Medienlärm nach Bestätigung der weiteren Haft von Safwan Eid war nicht anders zu erwarten: erleichtert sie doch noch einmal das deutsche Gewissen, bestätigt sie die Entschuldigung an die organisierte rechtsextreme Grevesmühlener Szene und legitimiert sie die Empörung über anti-deutsche Verurteilung in kritischer internationaler Öffentlichkeit.

Seit dem 20. 2. war eine Frau aus der Türkei vor dem LG Essen angeklagt worden, das Haus, in dem sie mit ihrer Familie in Hattingen wohnte, selbst angezündet zu haben. Der Brandanschlag ereignete sich eine Woche nach dem rassistischen Brandanschlag in Solingen 1993. Die gesamte Stadt war damals erleichtert darüber, als die Staatsanwaltschaft begann, das Tatopfer als Täterin aufzubauen. Dies ersparte Hattingen, mit Mölln und Solingen in einem Atemzug genannt zu werden. Die ganze Stadt stellte sich gegen die Familie Ünver und zwang sie schließlich, die Stadt zu verlassen.

Am 19. 3. 96 wurde die Frau von dem Tatvorwurf freigesprochen. Nach Ansicht des Gerichts gab es ihrerseits "keine sichere Indizienkette und auch kein Motiv" für die Tat.

Die Opfer provozieren und produzieren nicht mehr durch ihre "Fremdheit" ihre mörderischen Täter - nach dem Prinzip "Ausländer schaffen Ausländerfeindlichkeit"; das war nur eine Etappe auf dem Weg der fortschreitenden Verkehrung von Opfern und Tätern. Die Opfer sind die Täter; sie sind die Gefahr für ihr eigenes Leib und Leben.

Am 23. 3. fand in der Lübecker Innenstadt eine Demonstration unter dem Motto "Rassistische Ermittlungen durchkreuzen - Freiheit für Safwan Eid" statt. An ihr beteiligten sich ca. 500 Menschen. Danach sollte es zum Knast gehen, der Lautsprecherwagen war jedoch für eine Kundgebung am Knast verboten worden. Als er dort ankam wollten die Bullen ihn zuerst ganz einkassieren, beliessen es dann aber bei der Androhung der Beschlagnahme, sobald auch nur eine Durchsage über den Lautsprecherwagen vorgenommen werden würde.

Quellen:-Pressemitteilung der AG zu rassistischen Ermittlunen beim ART Hamburg, ANTIRASSISTISCHES TELEFON, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg
-Köxüz Nr. 4, März '96
-taz vom 19. 3. 96



Aufruf zur Demonstration am 26.Mai 96 gegen den Abschiebeknast Büren

Oktober 1992: Im wiedervereinigten Deutschland werden die ersten Abschiebeknäste eröffnet. Seither sind sie fester Bestandteil der staatlichen Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und letztes Glied in der Kette rassistischer Sonderbehandlung von Flüchtlingen, die von Zwangsunterbringung in Sammellagern bis zu massenhaften Abschiebungen reicht. NRW übernimmt von Anfang an eine Führungsrolle: Hier werden nicht nur die meisten Abschiebeknäste, sondern auch das größte Abschiebegefängnis eingerichtet Im Bürener Abschiebeknast, versteckt im Wald und gesichert durch eine fünfeinhalb Meter hohe Betonmauer, können bis zu 600 Abschiebhäftlinge eingesperrt werden; mal für ein paar Tage, mal über ein Jahr lang, der Willkür von Ausländerbhörden und Knastpersonal ausgeliefert, vor Augen die Abschiebung in ein Land, dessen Folterkeller oder Schützengäben, Hunger, politscher und/oder rassistischer Verfolgung sie mit Mühe und Not entkomen sind.

26. Mai 1993: Der deutsche Bundestag schafft das Grundrecht auf Asyl ab. Diese Entscheidung stellt den politischen Höhepunkt in einer seit Jahren inszenierten rassistischen Diskussion um "Asylantenflut", "Überfremdung" und "die Gefährdung Deutscher Kultur und Arbeitsplätze/ Wohnungen" dar. Auf dem Boden dieser Diskussion gedeihen nicht nur die mörderischen Brandanschläge und Übergriffe gegen Flüchtlinge und andere ImmigrantInnen sondern ebenso die konsequente staatlich betriebene Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. Über 20 Selbstmorde, ungezählte Selbstmordversuche und Selbstverstümmelungen in Abschiebeknästen, der Mord an Kola Bankole durch den Bundesgrenzschutz und die zunehmende Zahl der Menschen, die an den Außenfesten des deutschen Staates ums Leben kommen, sind unmittelbare Folge dieser Politik.

Frühjahr 1996: Sammellager und Abschiebeknäste sind feste Bestandteile dieser Gesellschaft geworden wie Arbeitslosigkeit, Fitness-Studios und Chip-Karten. Es gibt keinen relevanten Widerstand von Seiten der deutschen Bevölkerung gegen die rassistischen Sondereinrichtungen für Flüchtlinge. Im Gegensatz dazu hat es in den Abschiebeknästen immer wieder Widerstandsaktionen gegeben. Von Selbstverstümmelungen und Zellenzerstörungen über Hungerstreiks bis zu Dachbesetzungen (Leverkusen), Geiselnahmen (Kassel) und Aufstands- und Ausbruchsaktionen (Büren, Hamburg, Berlin) reichen die verzweifelten Versuche er Flüchtlinge, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und sie zu ändern.

Auch für die Grünen in NRW ist die Abschaffung der Sonderknäste kein ernsthaftes Thema - schließlich wollen sie ihre Teilhabe an der Macht nicht gefährden. Zwar fordern sie in ihrem Wahlprogramm, die Abschiebeknäste zu schließen. Tatsächlich jedoch wird derzeit unter ihrer Mitverantworung Büren zu *dem* zentralen Männerabschiebeknast ausebaut; während demnächst alle weiblichen Abschiebegefangenen in der JVA Gütersloh, die mehr Plätze besitzt als der bisherige Frauenabschiebeknast Neuss, eingesperrt werden sollen.

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abeschiebeknast Büren am dritten Jahrestag der Verabschiedung des "Asyl-Kompromisses".

- Gegen den größten Abschiebeknast der BRD, stellvertretend für alle Abschiebeknäste in diesem Deutsch-Land.
- Zum Zeichen unseres Widerstandes gegen eine rassistische Flüchtlingspolitik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und Einsperrung von Menschen ist.
- Um die Flüchtlinge in ihrem Widerstand zu unterstützen und zu ermutigen.

Demobeginn: Pfingstsonntag, 26. Mai 1996, 12 Uhr am Abschiebeknast Büren

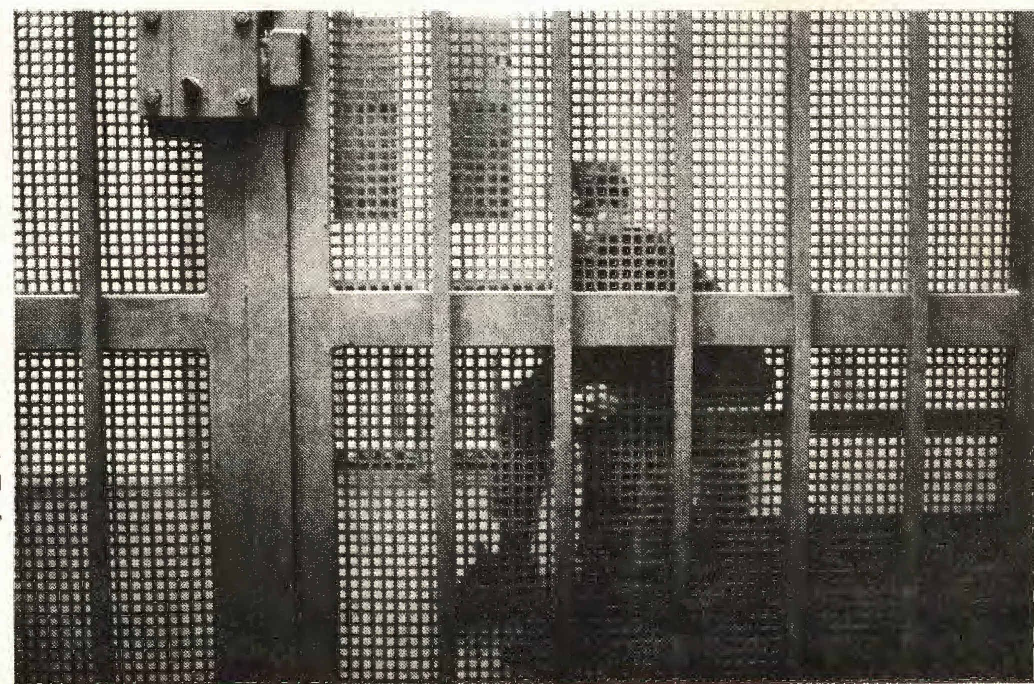
Keine Abschiebungen - Weg mit den Abschiebeknästen!
Weg mit den rassistischen Sondergesetzen!
Grenzen auf!

Am Tag vor der Demonstration findet im nahegelegenen Paderborn eine Diskussions-Tagung statt, die in drei Foren einen Blick auf die deutsche Gesellschaft werfen soll und auf die Mechanismen des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus hierzulande. Im Anschluß daran findet ein Solikonzert statt.

Veranstaltung "Grenzziehungen": Samstag, 25.Mai 1996, 10 Uhr, Uni/GH Paderborn

Schlafplätze in Paderborn und der Bustransfer zur Demo werden organisiert. Kosten für Übernachtung, Essen, Konzert und Fahrt nach Büren ab 35DM. Anmeldung und Infos: cordula, Prjektbereich Eine Welt, c/o ASTA der Uni/GH, Warburger STR. 100, 33089 Paderborn, Tel.:05251 603174. Infos zur Demo: BDP-Infoladen, Borchener Str.12, 33093 Paderborn, Tel.: 05251 730337.
Aufrufe, Plakate und Veranstaltungspro gramme: Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str.132, 33607 Bielefeld

Diesen Aufruf unterstützen:
AK Antirassismus Hannover, ARGiB Bonn, Aktion Symbolisches Asyl Bielefeld, Antifa Kleine Strolche Bochum, Antirassismusgruppe Würzburg, Atirassismuspoenum Göttingen, Bündnis gegen Abschibung Stuttgart, FFM Verlin, Flüchtlingplenum Aachen, Frauengruppe gegen Rassismus Hamburg, Gesellschaft für bedrhte Völker(Regionalgruppe Bochum), Glasmoor-Gruppe im Flüchtlingsrat Hamburg, IGA/Dritte-Welt-Haus Frankfurt, Initiative Pro Roma Hagen, Komitee gegen die Bezirkssammelstelle Reutlinge/Tübingen, Roma-UnterstützerInnen Gruppe vbochum, Sammellagerplenum Köln
UnterstützerInnen für den Aufruf und/oder Demonstration und Veranstaltung melden sich bitte bis zum 6.4.96 beim Infoladen ANSCHLAG, heeper Str.132, 33608 Bielefeld

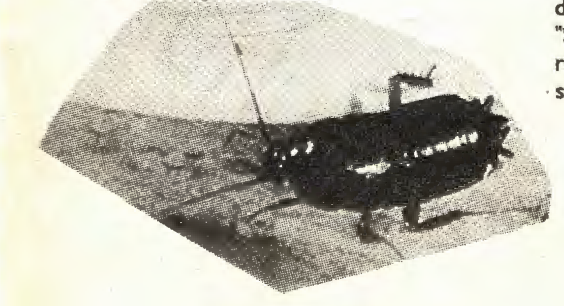


Die "Neue Akropolis" ist eine faschistoide Sekte

Wie in den *Lokalberichten 3/96* angekündigt, fand am 15.02. eine Aufklärungsveranstaltung über die "Neue Akropolis" (NA) statt. Die NA tritt nach außen als Verein zum Studium der Philosophien, Religionen, Mysterien und esoterischen Lehren auf. Ziel sei das Herausfinden von Gemeinsamkeiten dieser unterschiedlichsten Gedankengebäude. Einmal in der Woche finden in den Vereinsräumen in der Blücherstraße 35 Veranstaltungen zu Themen wie "Einführung in die Naturphilosophie", "Islam", "Traumdeutung" oder "Alchemie" statt. Ansonsten gibt sich die NA tolerant und völlig unpolitisch.

Aber ein genauerer Blick hinter diese brave Fassade fördert eine widerliche Doppelgesichtigkeit dieser Organisation zu Tage. Das freundliche Bild besteht nur für Außenstehende oder neue Mitglieder und SympathisantInnen, die noch nicht "eingeweiht" sind. Im inneren Kreis besteht dagegen eine rigide Führungsstruktur mit faschistoiden politischen Zielsetzungen. Diese bewußte Täuschung wurde als Strategie von NA-Gründer J.A.Livraga (1991 dahingeschieden) festgelegt: "Es ist offensichtlich, daß in einem dialektischen und oberflächlichen materialistischen Jahrhundert wie unserem solche Dinge verschwiegen werden müssen. (...) Im Inneren der Neuen Akropolis muß die Struktur der Pyramide überall Fuß fassen. Aber sie muß weise angewandt werden, sogar, wenn nötig, versteckt (...)." (Livraga, Das Labyrinth des Lapislazuli)

Dieser Vorgabe entsprechend arbeitet die NA-Führung aufgrund von anleitenden Schriften, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, so z.B. das "Führungshandbuch" und "Das Labyrinth des Lapislazuli", zwei Schriften, in denen Struktur und Ideologie in krassester Reinform formuliert sind. Der Veranstalter, der "Arbeitskreis gegen Neue Akropolis", konnte u.a. auf diese Schriften zurückgreifen, die durch AussteigerInnen aus der NA v.a. in Österreich und Frankreich öffentlich bekannt geworden sind. Neueren NA-AnhängerInnen sind sie allerdings nicht bekannt, wodurch die Argumentation erschwert wird, da die "Neuen" ihren alles abstreitenden LeiterInnen glauben, obgleich französische Gerichte die Existenz dieser Schriften bestätigten.



Ideologie - die esoterischen Lehren

Die NA geht davon aus, daß sich Menschengruppen über Jahrtausende mittels Reinkarnation weiter- oder zurückentwickelten. Eng an H.P. Blavatsky angelehnt, werden verschiedene Klassen, die sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen bewegen sollen, entdeckt. Nach Blavatsky lebten derzeit die 3. bis 5. Rasse auf der Erde; die 3. Rasse seien z.B. Buschmänner oder Aborigines, die 5., hochentwickelte Rasse seien die "Arier". Bei Livraga liest sich das so: "In der heutigen Menschheit leben 5 Milliarden Personen zusammen, die Zeitgenossen, doch keine Altersgenossen wären. (...) Für so verschiedene Wesen Gleichheit zu fordern, würde das Recht aller beschneiden, nach ihren Notwendigkeiten leben zu können. Die Gleichheit existiert in der manifesten Welt nicht." ("Wir, die...Akropolitaner", in der Vereinszeitung "Neue Akropolis" Nr. 48, Apr.-Jun. '92)

Der Karmaglaube der NA läuft darauf hinaus, daß Menschen wiedergeboren würden und ihre Existenz sich durch ihr Verhalten in ihrem Vorleben begründe. Somit ist jeder Mensch an seiner Lage selbst schuld, soziale Probleme z.B. werden negiert.

Ziel der Schulungen der NA soll es sein, das Göttliche im Menschen freizulegen, da dieses von seiner Persönlichkeit gefangen sei. "Der Feind ist die Persönlichkeit des Schülers." (Führungshandbuch) Die angestrebte spirituelle Höherentwicklung, die die NA anstrebt, ist nur in einer göttlichen Struktur möglich, nämlich in der NA. Die Organisation ist nicht bloß Mittel zu einem gesetzten Zweck, Bindeglied zwischen verschiedenen Menschen, sondern sie selbst hat Leben. "Eine von Lebewesen geschaffene Struktur muß selbst ein hochentwickeltes Lebewesen sein, das fähig ist, unter allen möglichen Bedingungen zu überleben. (...) Diese Struktur nährt sich von Menschen und transformiert die Fähigsten unter ihnen; sie verwandelt sie in Übermenschen." (Lapislazuli)

Die "göttliche Struktur" strebt aber auch politische Ziele an, d.h. die NA begnügt sich nicht nur mit der "Höherentwicklung" der eigenen Mitglieder, sondern sie ist, wie das "Sektenhandbuch" 1990 schrieb, "eine der radikalsten Gruppierungen mit politischem Anspruch".

Ideologie - die politisch-gesellschaftlichen Ziele

Die *politische Ideologie* der NA kennt vier Hauptpfeiler. Zum ersten das *Führerprinzip.* Da angeblich jeder Mensch gierig nach Macht sei, wäre eine gleichberechtigte Gesellschaftsordnung widersinnig. Vielmehr bringe die unterschiedliche Ausprägung des Machtinstinkts immer wieder besonders zur Führung Befähigte hervor. Wer unfähig zu führen ist, solle an seinem Platz das für alle Nützlichste tun: "Gut eine Schusterwerkstatt zu führen ist edler als eine falsche Philosophenschule zu leiten." (Führungshandbuch) Die neuen Führer sollen die Philosophen, die Erkennenden, Erleuchteten sein. So greift die NA gerne und häufig auf das Staatsideal Platons zurück. "Das platonische Konzept, dem wir uns anschließen", sieht an erster Stelle, als beste Regierungsform, die Aristokratie vor. Darunter geruhen Platon und Livraga die "Weisen" zu verstehen, die Philosophen eben. An vierter und vorletzter Stelle steht die Demokratie, nur die Tyrannei sei noch übler. (Wir, die ... Akropolitaner) Der neue Führer ist gut:"In seinem Herzen muß die geheiligte Flamme des Geistes brennen, so daß er taub wird für die Einflüsterungen anderer." (Führungshandbuch)

Bei solch übermenschlichen Führern ist demokratische Kontrolle natürlich überflüssig, so daß der zweite NA-Hauptpfeiler *Antidemokratismus* heißt. Es ist die alte - rechte - Leier: die Menschen sind zu dumm, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und zu bestimmen. "Offensichtlich ist das Volk (...) nicht fähig, sich um die Probleme eines modernen Staates zu kümmern." Und so kann das Volk die richtigen Führer nicht erkennen. Aber das ist nicht so schlimm, denn diese bestimmen sich ohnehin selbst. "Hat das Volk von Galiläa über Jesus abgestimmt und ihn gewählt, um erlöst zu werden, oder hat nicht vielmehr Jesus durch seine höher stehende Natur, seine Reinheit und Weisheit sich selbst an die Spitze gesetzt?" ("Das Politische Ideal der Neuen Akropolis")

Zum dritten verpficht die NA das *Recht des Stärkeren sowie die Entrechtung und Bekämpfung der Schwachen.* "Derjenige, der die Kraft zu führen nicht in sich verspürt, darf andere nicht schädigen; es ist besser, daß er anderen zu Diensten ist, denn so schafft er ein Werk, das besser für ihn und andere ist." (Führungshandbuch) Termini aus den

Bereichen der Kriminalität und der Pathologie werden gern herangezogen für diejenigen, die den Weg der NA nicht gehen können oder wollen. "Wenn sie eine ansteckende Krankheit hätten, wäre es kriminell, durch die Straßen zu laufen und andere Menschen zu berühren und zu umarmen; ebenso ist derjenige ein Mörder, der nicht einen großen Teil seines Machtinstinktes hin zum Spirituellen gerichtet hat, wenn er beginnt, andere zu lehren und zu führen; er wird seine Krankheit übertragen." (Führungshandbuch) Gesellschaftliche Konflikte, unterschiedliche Standpunkte werden am diskursiven Austrag gehindert, indem sie verbal kriminalisiert und pathologisiert werden. Es werden auch deutliche Drohungen ausgesprochen:"Die neue Welt kann sich nicht mit Verrätern und Schwächlingen abgeben." (Lapislazuli). Es wird im NA-Staat weder "Analphabeten noch Bettler geben, weder Fanatiker noch Verbrecher organisationen. All diese werden in die neuen Strukturen eingegliedert werden und für den Fall, daß sich dies als unmöglich erweist, werden sie in Anstalten für Unangepaßte eingesperrt; diejenigen, die Gewalt üben, werden unerbittlich exekutiert werden." ("Einführung in die spirituellen Übungen")

Zum vierten sollen die in der Gesellschaft bestehenden *Hierarchisierungen nach Geschlechtern und Klassen* aufrechterhalten werden. "Wenn man versuchen würde, alle Menschen einander auf der Stufe der oberen Menschen anzugleichen, müßte man die unteren so sehr ziehen, daß sie zerbrechen; wenn man sich auf die unterste Stufe stellt, zerstört man unerbittlich die am höchsten Stehenden und wenn man für die Mitte ist (...) tötet man beide." (Politisches Ideal)

Das Gesellschaftsbild ist organizistisch, d.h. die neue Gesellschaft soll funktionieren wie ein Körper, in dem einzelne Organe auch nicht austauschbar sind. "Wenn im Neuen Staat jeder seinen Beruf gewissenhaft erfüllt, ist der gute Regierende nicht besser als der vollkommene Geschirrwäscher, jeder hat die Rolle, die ihm entspricht." (Politisches Ideal)

Die NA verknüpft in ihrer Ideologie esoterisch-spirituelle Elemente mit solchen, welche von reaktionären und faschistischen Gruppierungen vertreten werden.

Reaktionen auf der Veranstaltung

Unter den VeranstaltungsteilnehmerInnen befanden sich auch einige NAlerInnen. Von diesen war eine einzige empört. Sie habe von diesen Texten noch nichts gehört, und wenn diese korrekt wiedergegeben worden seien, würde sie aus der NA austreten. Zumindest aber wolle sie sich weiter umhören und die Vorwürfe in der NA ansprechen. Ganz anders reagierten die langjährigen Mitglieder. Einer teilte mit, von diesen Texten noch nie etwas gehört zu haben. Ohne mit der Wimper zu zucken bot er den VeranstalterInnen eine Diskussion an - nicht über die Vorwürfe, sondern über "Philosophie". Die Hamburger Leiterin Hilde Gutdeutsch-Meyer blamierte sich mit ähnlichen Statements. Die NA würde schon seit Jahren mit diesen Vorwürfen konfrontiert. Sie könne dazu jedoch nichts sagen, da ihr das Flugblatt der Veranstaltungsgruppe erst seit einer Woche bekannt sei. Während mensch sich also hier unbedarft-unschuldig gab, hörte sich dies in einem Fax an die taz, die einen Bericht machen wollte, ganz anders an. Hier wußte mensch, daß die Vorwürfe "absurd" und linksradikale Propaganda seien.

Daß nur so wenige NA-AnhängerInnen gekommen waren, obwohl ihnen das Aufrufflugblatt eine Woche vorher bekannt war, erklärten sich die VeranstalterInnen mit dem Sektencharakter der NA. Die Erfahrungen beim Flugblattverteilen waren, daß die Menschen sich gegen Kritik abschotteten. Während es "normal" wäre, bei so heftgen Vorwürfen gegen die eigene Organisation, diese zu überprüfen, sind die NAlerInnen so auf ihre LeiterInnen fixiert, daß ihnen deren Versicherungen, dies stimme alles nicht, völlig ausreicht.

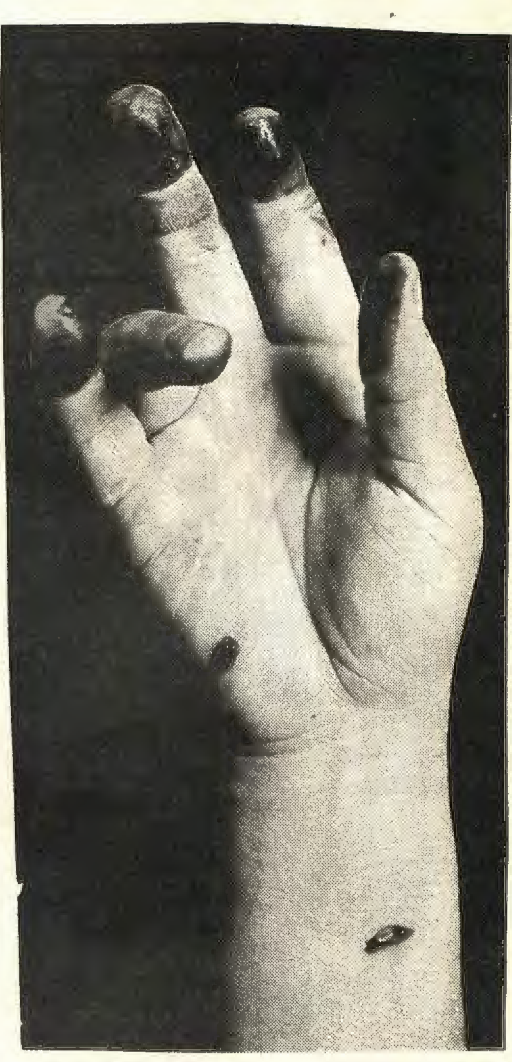
In Hamburg behauptet die NA 30 Mitglieder zu haben. Sie wirbt für ihre Veranstaltungen in einigen Zeitschriften und mit Plakaten, die schwerpunktmäßig in Ottensen und an der Uni wild verklebt werden. (Die müssen eigentlich nicht hängen bleiben!) Neu ist der Versuch, mit einem Infostand auf dem Spritzenplatz an die Öffentlichkeit zu gelangen. Bundesweit will die Sekte 100 Mitglieder haben, außer in Hamburg in Stuttgart und München, wo auch der "Nationale Zentralkommandant" seinen Sitz hat. Wesentlich erfolgreicher sind sie in Südamerika (wo Livraga die NA 1957 gründete) und in Frankreich, Spanien und Österreich, wo sie größere Anwesen





unterhalten. Mindestens in Frankreich verfügt die NA über Arbeits-, Frauen- und Sicherheitsbrigaden. Letztere attakkieren KritikerInnen auch schon körperlich.

Der "Arbeitskreis gegen Neue Akropolis" will als nächstes einen Reader über die Sekte anfertigen. Damit soll das Wissen weiter als bisher verbreitet werden. Weitere Aktionen gegen die NA sind natürlich nicht nur Sache der Gruppe, gefordert sind da alle AntifaschistInnen.



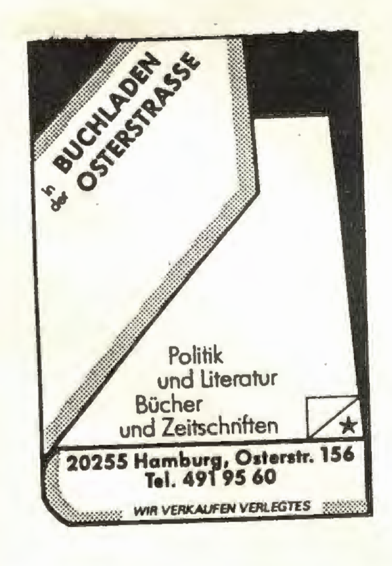
Kontaktadresse.
Arbeitskreis gegen Neue Akropolis
über
Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg


Schanzenstern
GASTHAUS
Bartelstraße 12
20357 Hamburg
Tel. 040-4 39 34 13
Tägl. wechselnder Mittagstisch - Abendkarte
Fleisch ausschließlich aus ökologischer Tierhaltung
Frisches Gemüse zum Teil aus kontr. biol. Anbau
Sonntags: Frühstücksbuffet
Ruhiger Garten
Mo 18°° - 1°° Uhr
Di-So 11°° - 1°° Uhr


Café
PLANET
GROSSE BRUNNENSTR. 55A
TEL. 39 77 14
Geöffnet ab 10:00 Uhr
Frühstück 10:00 bis 14:00 Uhr
Sonntag Buffet 10:00 bis 15:00 Uhr
- Sommergarten -


Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)


Frauenbuchladen
& Café
Tel/FAX: 040 / 420 47 48
Bismarckstraße 98 • 20253 Hamburg


BUCHLADEN in der OSTERSTRASSE
Politik
und Literatur
Bücher
und Zeitschriften
20255 Hamburg, Osterstr. 156
Tel. 491 95 60
WIR VERKAUFEN VERLEGTES


KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL
SCHANZEN-BLITZ
Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache
Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00


KETZER
CAFE & BAR
JULIUSSTRASSE 29A
22769 HAMBURG
PHONE 4398014


Widerstand braucht Theorie...
wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...
zu den Themen haben wir auch
ein umfangreiches Archiv
... und Praxis
Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen
autonomer Infoladen
Schwarzmarkt
Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr
Ihr könnt euch außerdem selber Material
für Büchertische zusammenstellen

zum hingehen im April

Sa 20.4. ROTE FLORA: "U site goes Rote Flora".
Vor der Open-air-Zeit wollen wir zur Vertreibung des Winters nochmal mit all unseren FreundInnen in der R.F. abfeiern.
techno-trance-ambiente by DJ`s Eule Mahal Bimmel Marcus + Gäste
unbedingt hingehen, der erste top act nach dem Wiederaufbau!

und die weiteren dates:

Di 2.4.
19 Uhr Antifa-Kneipe der Antifa FuLa zum Thema (aus aktuellem Anlaß!): "Weg mit allen Drogenverboten!". Mit einem Referenten der Gruppe "Rausch, Ratio, Revolution"
Soziales Zentrum Norderstedt, Ulzburger Straße 6, Nähe U-Bahn Ochsenzoll

20 Uhr Vorbereitungstreffen für einen bunten schwarzen Block im Internationalen Block auf der DGB-Demo zum 1.Mai in Berlin.
Libertäres Zentrum, Karolinenstr.21, Passage Haus 2

Mi 3.4.
19 Uhr Irlandkneipe mit Irish Folk und mehr. Linker Laden, Kl.Schäferkamp 46, jeden 2. Mittwoch!

Fr 5.4.
Bauparty, Rote Flora

5.-8.4.
Chaostage in HH, täglicher Treffpunkt Krähenwiese im Stadtpark

Sa 6.4.
Störtebeker. Hammerhead und Dis-Fear

So 7.4.
Punkkonzert mit A.A.K., P.V.B., "Sozialer Abstieg", "Die Auflösung", F.D.P. (Felm); Brakula für 6,-Mark

Mi 10.4.
ab 20 Uhr Lesung: Anneliė Laschikka liest "Im Lebensrausch, trotz alledem" und "Rosa Luxemburg. Eine Biographie".
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Eintritt 5,-DM

Fr 12.4.
18 Uhr Soli Flora Konzert. "Blendwerk", "Publik Schnee", "Waldschrat Julius". JUZ Pinneberg, Bahnhofstr.6

Sa 13.4.
Störtebeker: Unhold + Party Diktator

19.30 Uhr "Polizisten, die zum Brechen reizen". Veranstaltung im Antifacafe, B5

Di 16.4.
20 Uhr Treffen für alle, die am 16.6.95 vor der Flora von den Bullen eingesackt wurden. Die ersten Anklageschriften sind da! Libertäres Zentrum

21.-28.4.
Homolandwoche in Holland. Nähere Infos im Ordner

30.4.
Störtebeker: Tanz in den Mai mit Ex-Cathedra, Rantanplan und Propaghandi